

# Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,  
Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

46. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 26. Juni 1902.

№ 73.

**Achtung!** Bestellungen auf das III. Quartal des Corr., Preis pro Quartal 65 Pf., wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

## Generalversammlung

### der Zentralinvalidentasse in Liquidation

in München am 23. Juni 1902.

Der Vorsitzende der Liquidationskommission Meßmer eröffnete die Generalversammlung der Z.-I. in Liq. mit Begrüßung der Delegierten und Gäste und gedachte dann in ehrenden Worten des verstorbenen Kollegen A. Piefer, worauf sich die Versammelten pietätvoll von den Plätzen erhoben.

Die Verlesung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit aller Delegierten mit Ausnahme des entschuldigter Vertreters von Mecklenburg-Lübeck, Kollegen Bölscher. In das Bureau wurden gewählt als Vorsitzende Meßmer und Rnie, als Schriftführer Blenz-Berlin und Dominé-Frankfurt a. M. Zur Mandatsprüfungskommission Siebert-Berlin, Steinbrück-Dresden und Nitsche-Leipzig. Zur Wahl einer Diätenkommission wurde vorgeschlagen, eine solche nicht besonders zu wählen, sondern im Plenum über die bei früheren Generalversammlungen gewährten Diäten zu beschließen. Doch schloß schließlich die Kollegen Faber-Berlin, Baesecke-Stuttgart und Bölsch-Leipzig in genannte Kommission gewählt.

Hierauf gab der Kassierer Arndts Bericht über die Abwicklung der Geschäfte und den Stand der Zentralinvalidentasse, wonach die Zahl der Invaliden seit Liquidation der Kasse (2. Juli 1893) bis 1. April 1902 von 347 auf 154 und das Vermögen von 1149786,11 Mk. auf 621571,72 Mk. zurückgegangen sei. In demselben Zeitraum wurden zusammen 28214,39 Mk. — etwas über 54 Prozent des Vermögens — ausgegeben.

Einige Anfragen über die Anlegung der Gelder und die im Verhältnis zu der vom Verbands gezahlten etwas hohen Depositiongebühren wurden entsprechend und zur Freigebung der Fragesteller beantwortet und darauf der Rechnungsbericht gut geheißen, der Liquidationskommission damit also einstimmig Decharge erteilt.

Der Vorsitzende Rnie sowie Massini schlugen vor, Punkt 3 vor Punkt 2 zu behandeln, denn eine eventuelle Sipberlegung bezw. Einverleibung in den Verband würde die Neuwahl einer Kommission überflüssig oder wenigstens in anderer Form notwendig erscheinen lassen.

Kollege Giesecke plädierte für die Verlegung des Sitzes der Kasse nach Berlin. Nicht etwa aus Antipathie gegen die Verwaltung, sondern wegen der im württembergischen Staate zu zahlenden Kapitalsteuer, welche letztere in Preußen wegfallen, sei der Antrag gestellt. Der Vorsitzende Meßmer gab den Standpunkt der Liquidationskommission zu dieser Frage bekannt, der sich in Rücksicht auf die jetzt wesentlich ruhigere Lage im Gewerbe nicht gegen den Antrag stelle. Es müßte aber unterzogen werden zwischen der Verlegung des Sitzes der Kasse nach Berlin und der Ueberführung derselben in den Verband, welcher Ansicht in längeren Ausführungen auch Kollege Heißmann Ausdruck gab. Kollege Klapproth wäre durchaus nicht gegen die Uebernahme der Kasse durch den Verband, warnte aber davor, da die 16 M.-B.-Invaliden sehr ead diesem Vorhaben Schwierigkeiten bereiten könnten.

Kollege Demuth wünschte sämtliche Invaliden bezragt, ob dieselben mit der Unterstützung aus dem Verbands einverstanden seien und je nach dem Resultate die Ueberführung eventuell vorzunehmen. Es könne sogar von Invaliden im letztern Falle die erhöhte Unterstützung vom Verbands gewährt werden.

Kollege Rnie warnte entschieden vor einer Ueberführung in den Verband, weil die Elemente in der Kasse, welche seinerzeit eine Sequestration der Kasse ermöglichten, auch heute noch die Hand bieten würden, den Verband zu schädigen. Diesen Ausführungen schloß sich auch Kollege Bölsch an; Redner hielt es übrigens für sehr ungerecht,

den Leuten, die 1892 ihre Unterschrift zur Beschlagnahme der Kasse gaben, jetzt gar noch eine erhöhte Unterstützung, also eine Prämie, zu gewähren. Ebenso äußerten sich die Kollegen Giesecke, Rosenlehner und Wenzel. Es wurde hierauf die Sipberlegung der Kasse nach Berlin einstimmig beschlossen.

Die Mandatsprüfungskommission gab bekannt und schlug vor, von den 40 Mandaten 5 (Stoy-Chemnitz, Schumann-Essen, Michaelis-Erfurt, Kirsten-Karlsruhe, Wagner-Rosen) für ungültig zu erklären, weil teils die betreffenden Delegierten nicht die absolute Mehrheit erhalten hatten bezw. aus den Mandaten nicht zu ersehen war, wie viel Stimmen abgegeben waren. Dem Antrag der Mandatsprüfungskommission auf Ungültigkeitserklärung genannter Mandate wurde einstimmig stattgegeben und dann, um Schwierigkeiten vorzubeugen, nochmals über die Sipberlegung der Kasse abgestimmt und ebenfalls wieder einstimmig die Verlegung beschlossen.

In die Liquidationskommission der Kasse wurden die Kollegen Bölsch und Eisler gewählt. Der neugewählten Liquidationskommission wurde darauf ein Antrag des Kollegen Demuth, sich mit den Invaliden betreffs einer späteren Ueberführung der Kasse in den Verband in Verbindung zu setzen, als Material überwiesen. Ein Antrag, die Unterstützung zu erhöhen, wurde als geschäftsordnungsgemäß nicht zulässig bezeichnet und nach längerer Diskussion darüber zur Tagesordnung übergegangen. Es könne die liquidierte Kasse lediglich die statutarischen Verpflichtungen ererbigen, aber keine Aenderung des Statuts eintreten lassen.

Betreffs Remuneration der Liquidationskommission schlug Kollege Heißmann vor, für die Kommission wieder 100 Mk. und für den Kassierer neben der laufenden Remuneration eine Extraremuneration von 500 Mk. bewilligen zu wollen und weiter etwaige Unkosten für das nunmehr frei werdende Bureau usw. zu decken. Dem wurde entsprochen. Als Zeitpunkt der Sipberlegung wurde der Jahresfrist angemessen.

Der Kassierer Arndts gab dann noch bekannt, daß der Invalide Tscharnke in Bromberg eine einmalige Unterstützungssumme in Höhe von 5000 Mk. beanprucht; da Tscharnke aber schon seit 1888 Invalide und bereits über 4000 Mk. bezogen hat, wurde das ablehnende Verhalten der Kommission von der Generalversammlung gutgeheißen. Weiter wurde zur Kenntnis genommen, daß ein Invalide, welcher ein Einkommen von wenigstens dem Minimum des gewöhnlichen Gehalts hat, juristisch ein Recht auf Invaliden-Unterstützung besitzt.

Auf eine Anfrage des Kollegen Massini, ob wegen eines Vergehens inhaftierte Mitglieder, welche im Bezuge der Unterstützung sind, ausgeschlossen und denselben nach Abkündigung der Strafe die Unterstützung vorenthalten werden könnte, sprachen sich die meisten Redner für Gewährung der Unterstützung aus, weil auch die Reichsinvalidenrente in ähnlichen Fällen gezahlt werde und bei Klagestellung das Gericht sich leicht auf Seite des Invaliden stellen könne. Es wäre auch sehr wichtig, festzustellen, ob ein im Bezuge der Invaliden-Unterstützung befindlicher Kollege noch Mitglied ist und die Rechte der letztern ausüben kann, weshalb gewünscht wurde, ein juristisches Gutachten einzuholen. Kollege Bölsch wies an der Hand des Statuts nach, daß die Invaliden als Mitglieder zu behandeln sind, unter Umständen also auch ausgeschlossen werden könnten. Der Ausschluß eines Mitgliedes seitens der Kommission wurde gebilligt.

Schließlich wurde beschlossen, zu den dem Verbands entstehenden Gesamtkosten der beiden Generalversammlungen 5000 Mk. aus der Invalidentasse zu bewilligen.

Kollege Klapproth dankte der Verwaltung der Zentralinvalidentasse, welcher der Kollege Arndts während des langen Zeitraumes von 23 Jahren vorgestanden habe, für die feinsinnige Tätigkeit, die treue Pflichterfüllung, welchen Dank denn auch durch Erheben von den Sitzen die versammelten Delegierten in ehrender Weise zum Ausdruck brachten.

Für diese Anerkennung dankend, schloß der Vorsitzende Meßmer hierauf die Generalversammlung der Zentralinvalidentasse in Liq.

**IV. Generalversammlung**  
des Verbandes der Deutschen Buchdrucker  
in München am 23. Juni 1902 und folgende Tage.  
Erster Verhandlungstag.  
Montag den 23. Juni.

Als Delegierte sind anwesend folgende Kollegen: vom Gau Bayern: Wipfler-Mugaburg, Linken-Nürnberg, Gante, Seig, Kemmerich, Joelsch, Schramm, Schlegel-München, Swoboda-Regensburg; Gau Berlin: Massini, Werhahn, Stolle, Giesecke, Siebert, Hoyer, Troschke, Raubut, Eichler, Michaelis, Wachs, Faber, Kraetzke, Caschinski, Christel, Ebel, Blumenthal, Blenz, Spittel, Müller, Schulze und Teske; Gau Dresden: Wendische, Steinbrück, Meichenbach, Schmiedel-Dresden, Krumpke-Pirna; Gau Erzgebirge-Boigtland: Stoy-Chemnitz, Krasser-Zwickau; Gau Frankfurt-Hessen: C. Dominé, Dorjau, Kumbler-Frankfurt a. M., Weber-Marburg; Gau Hamburg-Altona: Demuth, Andreas, Dreier, Dethloff, Damaske; Gau Hannover: Klapproth, Rosenbruch, Freitche, Weber-Hannover, Schwetje-Braunschweig; Gau Mecklenburg-Lübeck: Bettenworth-Neustadt; Gau Mittelrhein: Wenzel-Ludwigshafen, Pech-Mainz, Fuhs-Mannheim, Hilbebeutel-Darmstadt, Madenack-Saarbrücken; Nordwestgau: Deist-Bant, Rosenlehner-Bremen; Gau Ober-rhein: Kirsten-Karlsruhe, Friedrich, Lindenlaub-Freiburg; Obergau: Kirchner-Stettin, Gendke-Brandenburg, Müller-Frankfurt a. D.; Gau Ostland-Thüringen: Palm-Weimar, Michaelis-Erfurt, Wolf-Zena; Gau Südpfalz: Ginius-Königsberg; Gau Posen: Wagner-Posen; Gau Rheinland-Westfalen: Schumann, Schöck-Essen; Mirow-Bielefeld, Beder-Dortmund, Albrecht-Barmen, Graßmann-Solingen, Balbus-Boon; Gau in der Saale: Chemnitz, Bölsche-Halle, Gehrt-Magdeburg, Müller-Deffau; Gau Schlesien: Schlag, Fiedler-Dreslau, Schubert-Bunzlau, Selzer-Beuthen; Gau Schleswig-Holstein: Heißmann-Flensburg, Pöschel-Kiel; Gau Westpreußen: Nagrothi-Danzig; Gau Württemberg: Rnie, Feuerlein, Hilbenbrand, Baesecke, Schröder-Stuttgart, Merkt-Heilbronn; von Leipzig: Eichler, Franke, Engelbrecht, Nitsche, Bölsch, Liebecke, Hsauer, Wogenitz und Hofmann.

Der Verbandsvorsitzende ist vertreten durch die Kollegen Bölsch, Eisler, Beyer, der Correspondent durch Kexhäuser. Ferner ist anwesend der Sekretär des Tarif-Amtes Schliebs. Außerdem sind anwesend vom österreichischen Verbands der Domann Reismüller und der Sekretär Doracet-Stan. Das internationale Sekretariat ist vertreten durch Gebätkner-Bern.

Der Vorsitzende Bölsch eröffnet mittags 1 Uhr die Generalversammlung und wünscht, daß auch die diesmaligen Verhandlungen ein Bild der Eintrachtigkeit und Geschlossenheit im Verbands zeigen möge.

Seig hieß namens der Mitgliedschaft München und Gante namens des Gaues Bayern die erschienenen Vertreter willkommen.

Bölsch konstatierte, daß sämtliche Vertreter (104) anwesend sind.

Als Stellvertreter der Vorsitzenden wurde Rnie, zu Schriftführern Eichler-Berlin, Thiele-Berlin und Bölsch-Leipzig gewählt.

In die Mandatsprüfungskommission wurden gewählt: Nitsche-Leipzig, Chemnitz-Halle, Siewert-Berlin, Reichenbach-Dresden und Swoboda-Regensburg.

In die Beschwerdekommision wurden gewählt: Blenz-Berlin, Hsauer-Leipzig, Hilbenbrand-Stuttgart, Demuth-Hamburg, Rosenbruch-Hannover.

In die Diätenkommission wurden gewählt: Schlegel-München, Baesecke-Stuttgart, Faber-Berlin, Weber-Hannover und Schlag-Dreslau.

Die Beschwerden über die Stichwahl im Gau Frankfurt-Hessen wurden der Beschwerdekommision überwiesen.

Reismüller-Wien begrüßte namens der österreichischen Organisation die Generalversammlung und ist überzeugt, daß sie im Interesse des Ausbaues des Verbandes wirken wird.

Bölsch begrüßte die erschienenen bayrischen Landtags-abgeordneten Huber, Keil und Ehrhardt und wünscht, daß sie erkennen möchten, daß unsere Tätigkeit auch im Allgemeininteresse der Arbeiter liege. In warmen Worten

gedachte Döblin unsern verstorbenen Alois Kiefer, die Verjämmlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Siben.

Es wurde nunmehr in den Punkt I der Tagesordnung: Bericht des Vorstandes bezw. Genehmigung des Rechenschaftsberichtes, eingetreten.

Döblin verwies auf den gedruckt vorliegenden Bericht, der deshalb so knapp sein konnte, weil durch den dreimal erschienenen Corr. sowie durch die Gau- und Mitgliedschaftsberichte den Mitgliedern fast alles eingehend bekannt gemacht worden ist. Auch lassen die internen Verhältnisse nicht immer eine öffentliche Erörterung zu. Man könne nicht immer alle Motive für das Handeln der Verbandsleitung öffentlich bekannt geben, doch werde den Delegierten Gelegenheit gegeben sein, sich in jeder Hinsicht zu informieren. Redner verwies auf die vielfachen Erscheinungen im wirtschaftlichen und organisatorischen Leben, welche oft eine Taktik notwendig machen, die nicht überall verstanden wird. Das Telegramm an Posadowsky sei bei uns so scharf beurteilt worden, während doch auch die Generalkommission an denselben geschrieben habe, Vertreter nach Stuttgart zu entsenden. Es scheint also nur das Telegramm reaktionär zu sein, das Schreiben aber nicht. Döblin streifte kurz die tariflichen Verhältnisse Rheinland-Westfalens, wo doch noch so vieles zu bessern, statt dessen über man aber dort vielfach eine Zensur im Nebenberufe. Es sei zu wünschen, daß diese Beschwerden von dort hier zur Sprache gebracht werden, damit Klarheit geschaffen werden könne. Bei der Diskussion seien technische Tariffragen und Beschwerden über die Haltung des Vorstandes auseinanderzuhalten.

Eißler verwies ebenfalls auf den gedruckt vorliegenden Bericht und ging nur des näheren auf den „Düsseldorfer Fall“ ein, welcher vor Druckereigründungen warnen müsse, weil der Verband hier einen Verlust zu erwarten habe.

Es wurde in die Diskussion eingetreten.

Feuerstein verwies auf die Gedenschrift des Verbandes vom Jahre 1900, die eine Tendenzschrift im besten Sinne des Wortes sei, da sie die Anschauungen vieler Kollegen verlege. Redner protestierte gegen den Inhalt, dieselbe sei gegen die Sozialdemokratie gerichtet. Stellen wie, daß der Streik von 1891 der Partei zuzuschreiben sei, seien unverantwortlich. Der Vorstandsvorstand hätte dagegen protestieren müssen.

Döblin erklärte, er könnte ja die Verantwortung ablehnen, aber er müsse doch darauf verweisen, daß Nezhäuser in vielen Punkten Grund zu seinen Darlegungen gehabt habe. Feuerstein hätte allen Anlaß, auch einmal daran zu denken, wie das Verbandsinteresse vielfach der Partei gegenüber gewahrt werden muß. Sein Artikel in der Neuen Zeit neige ebenfalls sehr zu einer Kritik.

Nezhäuser wandte sich gegen Feuerstein in längeren Darlegungen.

Domine war mit der Broschüre vollständig einverstanden und verwies auf die Wandlungen, die Kollegen an sich vornahmen, wenn sie den Kopf des verantwortlichen Verbandsfunktionärs aus- und den der Parteiangestellten anziehen. Die Kritik des Kollegen Feuerstein sei die reinste Haarspalterei.

Es wurde beschlossen, diese Angelegenheit bis zum Punkte Correspondenz zu verschieben.

Löschke-Galle fragte an, wie es komme, daß bei der Abrechnung über den Correspondenz so viel unter „Sonstige Ausgaben“ enthalten sei und wünschte eine Spezifikation.

Eißler gab die gewünschte Klärung. Es wurden von Eißler-Leipzig noch die einzelnen Posten erläutert.

Schumann fragte an, worin denn die großen Schwierigkeiten ohne die tariflichen in Rheinland-Westfalen zwischen Mitgliedern und Vorstand bestanden haben.

Döblin: Ich habe gar nicht behauptet, daß wir mit Rheinland-Westfalen Schwierigkeiten gehabt, sondern daß nur mit einzelnen Mitgliedschaften Differenzen bestanden.

Zoeltzsch verwies auf die günstigen Erfolge in pekuniärem Sinne. Es sei sehr gut gearbeitet worden und mache er der Leitung sein Kompliment. Bezüglich der Hypotheken sei wünschenswert, zu erfahren, wo sie angelegt sind. Das müßte in Zukunft der Fall sein beim Rechenschaftsberichte.

Eißler erklärte, 5 Hypotheken seien in Berlin, 1 in Nürnberg, 1 komme nach Chemnitz. Wegen Schwierigkeiten gehe man nicht gern nach auswärts. Es kämen diesbezüglich viele Gesuche, die wir nach Lage der Sache nicht berücksichtigen könnten.

Beder sagte, daß dem Zentralvorstande nur insoweit Schwierigkeiten gemacht worden seien, daß man Direktiven von ihm erbeten habe. Der Zentralvorstand habe in diktatorischer Weise erklärt, wir hätten zuzusehen, wie die Kollegen auf die Straße gewiesen würden. Dem Gau sei es zu danken, daß die Kollegen schließlich doch noch, allerdings nur vom Gau, eine Unterstützung erhielten. Der Zentralvorstand habe es nicht einmal der Mühe wert gehalten, sich an Ort und Stelle zu informieren. Redner sagte, die Kollegen hätten nur ihre Pflicht getan.

Döblin erklärte, daß Beder wenig orientiert sei und verwies auf die Essener Gauverhandlungen. Redner verlas einzelne Stellen und sagte, daß es feig wäre, sich um die Sache herumzudrücken zu wollen, im Gegenteil, wir wollten möglichst Klarheit. Im weiteren legte Döblin in

den einzelnen Fällen das Material vor. Es sei zu beklagen, daß man in Rheinland-Westfalen es möglichst ungeschickt gemacht habe. Wenn jeder Ort es am besten wisse, wie es gemacht werden müsse, dann pensionieren Sie uns doch! In Rheinland-Westfalen sei ein System in der Höhe gegen den Zentralvorstand. Auf der einen Seite wolle man einen Rat von ihm haben, auf der andern entricke man sich, weil wir uns in ihre Angelegenheiten einmischen wollten. Darin liege doch keine Logik. Wenn wir nicht nach Rheinland-Westfalen gekommen sind, so aus den Gründen, weil doch etwas Ersprießliches nicht herausgekommen wäre.

Grafmann: Döblin wolle uns möglichst mäßig machen, um unseren späteren Beschwerden vorzubeugen, damit sie auf steinigem Boden fassen. Redner sprach von der Erbitterung und Empörung der rheinischen Kollegen, die kein Verständnis beim Zentralvorstande fänden. Redner wies es zurück, als ob in Rheinland-Westfalen eine Heße gegen den Zentralvorstand inszeniert werde.

Ulbrecht sprach im Sinne von Beder und Grafmann und beschwerte sich, daß keine Referenten zu sachlichen Versammlungen zu haben gewesen seien vom Zentralvorstande.

Nezhäuser erklärte, über die rheinischen Verhältnisse auch heute noch kein klares Bild erhalten zu haben.

Demuth bemerkte, es sei niedergelegt worden, daß Hypotheken an Gewerkschaftshäuser gegeben werden, dagegen sei eine erbetene Hypothek für eine Genossenschaftsbäckerei abgelehnt worden, obwohl eine pupillarische Sicherheit vorhanden ist. Es sei ein Irrtum des Zentralvorstandes, anzunehmen, daß keine genügende Sicherheit vorhanden gewesen sei.

Eißler erklärte, daß man auf Geschäftshäuser keine Hypothek geben könne, weil da keine genügende Sicherheit vorhanden sei, man könne sie nur auf Grundstücke geben. Es könne sonst leicht ein größerer Verlust entstehen. Wir sind sonst nicht engherzig, haben wir doch den Maurern Hamburgs 50 000 Mk. gegeben ohne jede Sicherheit, das Geld allerdings wieder zurückerhalten. Die Leute sind aber vielfach vom Gründungsschwindel erfaßt, denn überall will man jetzt eigene Häuser bauen u. dgl., da müssen wir bei Darlehnsangelegenheiten vorsichtig sein.

Döblin verwies darauf, daß wir doch den Chemnitzer Arbeitern zu einem Gewerkschaftshause verfallen; was wieder ein Beweis sei für die „reaktionäre“ Haltung des Vorstandsvorstandes den übrigen Arbeitern gegenüber.

Knie gab seinen Bedenken für derartige Anlegung von Geldern Ausdruck.

Döblin erklärte, wie notwendig es ist, für unsere Invaliden die Gelder als eisernen Fonds anzulegen.

Geismann meinte, daß, wenn an Privatunternehmer Gelder ausgeliehen werden, nur kurzfristige Kündigungszeiten bestimmt und nicht unter 4 1/2 Proz. Gelder an solche Leute gegeben werden möchten. Bei Gewerkschaftsorganisationen könne man ja eine Ausnahme machen.

Eißler bedauerte, daß man die Debatte in die Länge ziehe. Daß jemand eine Hypothek auf ein halbes Jahr nimmt, daran sei doch wohl kaum zu denken, unter 5 Jahren wird weder eine Hypothek gegeben noch genommen. Gelder seien heutzutage leicht zu haben, wenn sie sicher anzulegen sind.

Giesecke schloß sich Eißler an und ergänzte ihn in verschiedenen Punkten.

Döblin nahm das Schlußwort und konstatierte, daß er im großen und ganzen die Zustimmung der Generalversammlung gefunden habe. Der Vorstand wolle auch mit dem Gau Rheinland-Westfalen in Frieden leben, aber die Angriffe seien nicht zu rechtfertigen, die von dort gegen die leitenden Personen im Verbande erhoben wurden. Er habe erwartet, daß man die schwierige Stellung des Vorstandes erkennen werde gerade den Verhältnissen in Rheinland-Westfalen gegenüber. Redner schloß mit den Worten, daß man nicht nur Mißmut erwecken, sondern das gegenseitige Vertrauen stärken möge.

Der Geschäfts- und Rechenschaftsbericht des Vorstandes wurde hierauf einstimmig genehmigt.

Namens der Mandatsprüfungskommission berichtet Chemnitz, daß 104 Mandate vorliegen, die sämtlich als gültig zu erklären sind. Allerdings ist ein Protest gegen die Wahl zweier Vertreter im Gau Frankfurt-Hessen eingegangen. Die Kommission konnte die Proteste aber nicht berücksichtigen, da nicht feststeht, daß durch das bekannte Zirkular der Benannten Stimmen zugeführt worden seien. Die Kommission findet aber das Vorgehen in Frankfurt sehr geschmacklos und verurteilt das Verhalten des Bezirksvorstandes um so schärfer, als der Bezirksvorsitzende selbst zur Wahl stand.

Bogenitz kritisierte das Verhalten des Frankfurter Bezirksvorstandes, welcher Kritik sich Giesecke anschließt, indem er erklärte, mit einem solchen Mandate nicht hier sitzen zu wollen.

Der Antrag der Mandatsprüfungskommission wird mit deren Begründung im Falle Frankfurt einstimmig angenommen.

Ein Schreiben der Berliner Korrektoren geht dahin, die Generalversammlung möge die Korrektoren als für den Verband aufnahmefähig erklären. Die Anträge sollen an geeigneter Stelle mit beraten werden.

Nachdem der Vorsitzende eine Anzahl Begrüßungs-telegramme bekannt gegeben, trat Schluß des ersten Verhandlungstages ein.

## Schein und Wirklichkeit beim Gutenberg-Bunde.

Ja, ja, Herr Köhler, es wird immer dicker! Diese Heßjagd, dieser Terrorismus, es ist gar nicht mehr möglich, zur Ruhe zu kommen.

In einer langen Reihe von Nummern des Typograph haben sich die Herren des Daß die erdenklichste Mühe gegeben, den Löwen Verband durch alle möglichen und unmöglichen Forderungen auf den Posten zu rufen.

Die Wahrheit des Kollegen „S“ in seinem Aufsatz „Vom Bundesorgane“ hat Herr Köhler nicht schlafen lassen. In dem fulminanten Artikel „Die große Heßjagd“ sucht er das „Zusammengehörigkeitsgefühl“ noch fester zu kitten. In vier kompressen Spalten verpackt Herr Köhler Dinge, an die er tatsächlich selber nicht glauben kann. Neben andern macht ihm der Ausfall an Einnahmen, den der Verband durch die Amnestie erlitten hat, riesige Kopfschmerzen. Dann hat er auf einmal keine Ursache, seinen Mitgliedern vorzureden, daß sie nicht alle tariftreu sind, woran aber nur die Verbändler wieder schuld sind. Es ist köstlich, was? Er schreibt dann weiter: „Hat nun, um auf den Kern der Sache zu kommen, die Generalversammlung nicht das erfüllt, was der Vertreter des Bundes versprochen hat? Hat sie nicht die Mitglieder des Bundes auf den Tarif verpflichtet? Hat sie nicht den so scharf aufstrittenen sogenannten Neutralitätspassus aus dem Statut entfernt?“

Als seinerzeit Kollege Nezhäuser über jene Generalversammlung berichtete und die Streichung des Neutralitätspassus besprach, hat das die Herren „Oberbündler“ berart in Harnisch gebracht, daß ich selbst Mittel mit ihnen empfand. Sie ließen hin und her und besprachen diese „Gemeinheit“, man hörte auch wie sich ein Vorstandsmittglied äußerte: „Das Mitglied, das für den Tarif nicht eintreten werde, soll der Teufel frisst.“ Nach alledem mußte man nun annehmen, der Bund ist ebenbürtig geworden.

Bei den tatsächlichen Verhältnissen muß man sich aber wundern, wenn Herr Köhler, der wohl die gesamte Intelligenz des Bundes verkörpert, mit einer Dreifachheit auf dem Plane erscheint und in einem Atemzuge dem Verbands hundertfältige Tarifwidrigkeiten an den Hals wirft und seine „erhabene“ Vereinigung als eine musterhafte, nur hochhaft verfolgte, hinstellt. Ich will nicht weit ausholen, sondern nur das, was sich erst vor kurzer Zeit abgespielt hat, hier anführen.

Unsere Kollegen werden sich wohl noch erinnern können, daß, als seinerzeit bei der Firma G. Schenk & Sohn der Tarif eingeführt werden sollte, es dort zum Konflikt kam. Ein Teil der dort Beschäftigten hörte auf und der größere Rest, alles Bündler, blieb stehen. Diese Mitteilnahme hatte damals den Typograph ganz aus dem Häuschen gebracht und hat derselbe sich dann in einer Weise durchzusetzen gewußt, daß man annehmen mußte, es ist lauter Gold. Daß davon aber kein Wort der Wahrheit entsprach, bestätigte sich ja am besten dadurch, daß heute, nachdem jene Firma schon lange aus dem Tarifverzeichnis gestrichen ist, immer noch Bündler dort anfangen und beschäftigt sind. Dieser Landstrich, Herr Köhler, wo der Tarif nicht zur Einführung gelangt ist, befindet sich nicht weit von der Lindenstraße! — Man nehme mir die Nummern vom Monate Mai zur Hand, so wird man in dem Krankenberichte den Namen Behnte (Schenk) finden. Erst in letzter Zeit ist die Plumpheit begangen worden, jedenfalls um eine Täuschung herbeizuführen, die Firma herauszunehmen und den Raum wie bei noch drei „tariftreuen“ Gesellen auszubunktern. Wozu dieses Versteckspiel? Heraus mit dem Stiefel!

Ich würde diesen Fall nicht weiter herausgreifen, denn wir wissen ja zur Genüge, was der Bund ist. Aber es ist insofern interessant, daß, als Herr Köhler von einem Mitgliede des Bundes, der im besten Glauben war, daß bei der genannten Firma kein Bündler stehe, über den Konditionsantritt des Behnte interpelliert wurde, kurzerhand erwiderte: „Sie sind ja rabibaler als der Verband!“ — Nun, Herr Köhler, wo bleibt da die Verpflichtung auf den Tarif?

Die große Kellame- und Werbetrommel mit der Streichung des Neutralitätspassus ist der größte Schwindel, den sich eine Organisation überhaupt leisten kann. Mit der Streichung desselben, welche ja auch nur mit einer Stimme Mehrheit erfolgt sein soll, hat ein Bundesmitglied bei eventueller Beteiligung an Lohnkämpfen überhaupt kein statutarisches Anrecht mehr auf Unterstützung. Hieraus ergibt sich ja ziemlich alles. Der Bund ist und bleibt was er war, ja noch mehr: er ist statutarisch nicht einmal in der Lage, gegen Mitglieder, die gegen den Tarif handeln, vorzugehen, was ihm auch nicht einfallen wird, will er nicht seinen materiellen Vantort fördern.

Herr Köhler weiß ferner noch von dem Verbandsterrorismus zu berichten. — So finde dies bei ihm auch recht ausgezeichnet. Wenn Terrorismus wirklich vorhanden ist — eigentlich muß man es ja glauben, nachdem es im Typographen stereotyp geworden ist — so hätte er doch zum wenigsten seine Begründung. Mit Leuten nämlich, die man möchte sagen, ständig es sich zur Aufgabe machen, alles was der Verband für die Allgemeinheit anstrebt, systematisch zu untergraben, muß jeden billig Denkenden ein Zusammenarbeiten fast für ausgeschlossen erscheinen.

Worauf begründet sich aber der Terrorismus des Bundes? Die Konduite in puncto Verbandsterrorismus dürfte jeden-

falls etwas ungünstiger ausfallen! Ich will von dem Falle Richard absehen und nur auf die Bundeshochburg verweisen. Dort werden Dinge gezeitigt, die jedem anständigen Menschen die Schamröte ins Gesicht treiben muß. Bis vor nicht langer Zeit wurden mit Hilfe schwarzer Listen unsere Mitglieder auf Straßenspaziergängen geworfen, und selbst heute noch hat man und versucht weiter noch durch Verleumdungen und Anschwärzung unsere Mitglieder zu verdrängen.

Wenn der Bund den ehrlichen Willen hat mitzuarbeiten, dann tue er es durch Taten und nicht durch leere Worte und betrügle nicht sich selbst und die ganze Buchdrucker-Gesellschaft!  
Berlin.

R.

### Sitzgelegenheit für Seher.

Obwohl man von Seiten unserer Kollegen in den letzten Jahren eifrig bemüht war, die karppflichtigsten der Gesundheit schädlichen Einwirkungen auf den menschlichen Körper auszumerzen — und mit Hilfe des Bundesrates ist es ja auch erzielbarerweise gelungen, bedeutendes in dieser Sache zu erreichen — so machen sich doch immerfort noch größere und kleinere Uebelstände bemerkbar, die geeignet sind, körperliche Beschwerden resp. frühzeitiges Erlahmen der Arbeitskraft herbeizuführen.

Jedes Gewerbe hat ja bekanntlich seine beruflichen Krankheiten und speziell im Buchdruckgewerbe sind es deren nicht wenige. Abgesehen von Lungen- und Blei-krankheiten dürfte wohl ein großer Teil unserer gewerblichen Krankheiten, z. B. die zahllosen Magen- und Darm-erkrankungen chronische Verstopfungen, offene Beinwunden, Krampfadernbrüche, Rückenmarkentzündungen usw., auf das intensive Stehen auf einer Stelle zurückzuführen sein.

Nimmt man heute irgendwelche Tageszeitung oder auch sozialpolitische Zeitschriften zur Hand, so wird man — und das ist recht erfreulich — sehr häufig Artikel finden, welche die Sitzgelegenheit für die Jugend und auch für das weibliche Arbeitspersonal behandeln und fordern. Nun, ich bin der Meinung, daß das, was fürs weibliche Geschlecht und für die Jugend gut ist, auch den Männern und speziell den Sehern nichts schaden würde, zumal es leider eine große Anzahl unter unseren Kollegen gibt, die infolge der schädlichen Einflüsse des Bleies nicht viel stärker und kräftiger sind als die weiblichen Arbeiterinnen. Mit mir werden es gewiß schon viele Kollegen empfunden haben, wie wohlthuend es ist, wenn die viertelstündige Frühstücks- oder bei englischer Arbeitszeit die halbstündige Mittagspause eintritt.

Unsere Arbeitszeit beträgt ja bekanntlich neun Stunden; hierzu muß man aber notgedrungen auch den Weg nach und von der Arbeitsstätte zur Wohnung rechnen, der von den meisten Kollegen namentlich in der Großstadt infolge der unerwünschten Stadtmieten zurückgelegt werden muß, und dann ergibt sich eine Arbeitszeit von etwa elf Stunden bei einer nur dreiviertelstündigen Pause resp. Gelegenheit zum Sitzen. Ich glaube bestimmt annehmen zu dürfen, daß die eingangs erwähnten, öfter vorkommenden Krankheitserscheinungen eine Folge des langen Stehens sind, deshalb, Kollegen, sollten wir alle eifrig bemüht sein, von unseren Prinzipalpalen mehr Sitzgelegenheit zu verlangen; es muß einem Jeden gestattet sein, sich zu setzen, wenn sein Körper das verlangt. Daß es sehr gut geht, auch in sitzender Stellung unsere Arbeit zu verrichten, hat bereits die Praxis erwiesen, da man fast in jeder größeren Druckerei Kollegen findet, deren körperliche Leiden es nicht gestatten, den ganzen Tag zu stehen.

Man wird mir hierauf vielleicht entgegen, daß diese Anwesenheit bei den Tarifverhandlungen zu erledigen sei und nicht auf der Generalversammlung des Verbandes. Nun, sollte ein Beschluß der Generalversammlung nicht genügen, erfolgreich zu sein bei den Prinzipalpalen in dieser Angelegenheit, so bleibt leider nichts andres übrig als die Zeit der Tarifverhandlungen abzuwarten; jedenfalls schreibe ich in der Erwartung, daß sich noch mehr Kollegen finden, die zu dieser Sache das Wort ergreifen, um auch ihrerseits die Notwendigkeit dieser Forderung klarzulegen.

**Hamburg.**  
Anmerkung der Redaktion: So ganz unwidersprochen können wir diesen Artikel doch nicht in die Welt hinausgehen lassen. Er bringt Wahres mit Falschem, was zu scheiden ist. Gewiß, Lehrlingen und alten Kollegen sollte zeitweise Sitzgelegenheit gewährt werden, namentlich aber den Lehrlingen, deren Knochenbau noch in der Entwicklung begriffen ist und denen das lange Stehen vielfach die bekannnten X-Beine einträgt, die man als kapitalistische Abstempelung der „Ware“ bezeichnen kann. Im übrigen ist das neunkündige Stehen lange nicht so ungesund als der Artikelsschreiber behauptet. Wir betreiben, daß durch das Sitzen Magen- und Darm-erkrankungen, offene Beinwunden, chronische Verstopfungen, Rückenmarksentzündungen u. dergl. hervorgerufen werden. Von den 243 im Jahre 1906 gestorbenen Verbandskollegen war die Todesursache in 140 Fällen Brust- und Lungenkrankheiten und nur in 140 Magen- und Darm-krankheiten, in 5 Fällen Gehirn- und Rückenmarksentzündungen und gar bloß in 3 bildeten Wunden und Geschwüre die Todesursache. Daß in sitzender Stellung die Arbeit ebenso prompt wie beim Stehen verrichtet werden kann, werden wir wohl vergeblich den Prinzipalpalen einzureden versuchen. Soll in dieser Beziehung etwas Nützliches geschehen, so könnte sich ein Antrag der Gehilfen nur darauf beschränken: Sitzgelegenheit für Lehrlinge, alte

und solche Kollegen, welche Krampfadern haben. Darüber hinaus heißt es leeres Stroh dreschen, in eine Propaganda für Sitzgelegenheit einzutreten.

### Vierter deutscher Gewerkschaftskongress.

Die Beratungen am Freitag, dem fünften Verhandlungstage, wurden mit einer von Legien gegebenen Mitteilung über den eigentlichen Zweck der Anwesenheit eines Vertreters vom Reichsamt des Innern eröffnet. Der Regierungsvertreter könne auf Anfragen nicht eingehen, habe aber versprochen, im Sinne bereits vorgetragener Wünsche zu wirken.

König-Stuttgart hielt sodann ein recht beifällig aufgenommenes Referat über das vielbesprochene Thema Hausindustrie. Bei seiner Schilderung der traurigen Verhältnisse der Heimarbeiter nahm König im besonderen Bezug auf die Zustände in der Tabak- und Zettlindustrie sowie in der Bekleidungsindustrie. Die wirtschaftliche Notlage habe die Heimarbeiter so abgestumpft, daß es unmöglich sei, dieselben ihren Organisationen zuzuführen und da unter diesen Umständen nichts Positives zu erreichen, müsse man die Gesetzgebung hier eingreifen lassen. Bis jetzt seien aber erst zwei armselige, fast wirkungslos gebliebene Bundesratsverordnungen für die Tabak- und Konfektionsindustrie erlassen, die Arbeiterchaft Deutschlands müsse daher einmütig die Forderung aufstellen, daß den Heimarbeitern wirksamer gesetzlicher Schutz zu teil werde. Der Regierung sei klar zu machen, daß die Not nicht beim Grundbesitzenden Barone, sondern beim Heimarbeiter zu Hause sei. Referent forderte in seiner dem Kongresse vorgelegten Resolution vollständiges Verbot der Hausindustrie von Gesetzeswegen und als Uebergangsstadium in der Hauptsache: 1. Ausdehnung der Arbeiterschutz- und Versicherungsgeetze auf die gesamten Heimarbeiter, 2. vollständiges Verbot der Kinderarbeit, 3. Unterstellung der gesamten Heimarbeit unter Kontrolle der Gewerbeinspektion und 4. Erlass strenger Vorschriften über Einrichtung der Arbeitsstätten in der Heimarbeit. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, müsse von der Generalkommission während der nächsten Reichstagsession ein allgemeiner Heimarbeiterschutzkongress nach Berlin einberufen werden. Ohne Diskussion acceptierte der Kongress dieses Programm durch einstimmige Annahme der Resolution.

Diesem Redner folgte v. Elm, welcher zu dem Punkte Arbeitslosenstatistik und Arbeitslosenversicherung das Referat hatte. Daß die Arbeitgeber zur Arbeitslosen-Unterstützung heranzuziehen seien, bezeugte v. Elm als grundsätzliche Notwendigkeit. Fraglich sei, ob die Gemeinde oder der Staat geeigneter sei, die Versicherung in die Hand zu nehmen. Das Reich sei sicher geeigneter, auch müßte dasselbe behufs Festsetzung der Kosten erst Zählungen der Arbeitslosen vornehmen, wobei die Mithilfe der Gewerkschaften unentbehrlich. Die großen Schwierigkeiten dieser Frage zeigten sich erst bei der praktischen Juangriffnahme. Die Angliederung dieses Unterstützungszweiges an bestehende gesetzliche Versicherungen sei unzulässig, der Gedanke an eine Arbeitslosen-Reichsparasse überhaupt abzulehnen. Diese Arbeitslosenversicherung könnte nur aufgebaut werden auf Grundlage der freiesten Selbstverwaltung der Arbeiter, welche ja in den letzten zehn Jahren über Millionen Mark hierfür verausgabten. Die Reichsregierung sollte endlich aufhören, die Gewerkschaftskassen als Streikfassen zu betrachten, starke Organisationen verhindern doch bekanntlich wilde Streiks. Die Gewährung und freie Ausübung des Koalitionsrechtes für alle Arbeiter, auch für die Landarbeiter, sei aber Vorbedingung, denn erst heiße es Organisationen gründen und ausbauen und dann Arbeitslosenversicherung einführen. Nur die frei organisierten Gewerkschaften könnten die Träger dieser Versicherung sein. Die Forderungen des Referenten waren, dem Reiche, dem Staate und der Gemeinde die Pflicht zuzuerkennen, eine Unterstützung der Arbeiter zu gewähren bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit, ohne daß die Empfänger dadurch in ihren bürgerlichen Rechten geschmälert würden. Als Voraussetzung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung verlangte der Kongress das uneingeschränkte Koalitionsrecht für die Arbeiter beiderlei Geschlechts in allen Erwerbszweigen, auch Staatsbetrieben, die Gewährung der Reichsfähigkeit an die Gewerkschaftsorganisationen, die Vornahme regelmäßiger Arbeitslosenzählungen und die reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenvermittlung durch Organisation von seitens der Einzelstaaten und der Gemeinden zu errichtenden und zu erhaltenden Arbeitsbüros. Der Kongress verwurfe jedes System einer Arbeitslosenversicherung auf anderer Grundlage als der freien Selbstverwaltung der Arbeiter und der Gewährung eines Reichszuschusses an Arbeitslosen-Unterstützung am Orte oder auf der Reise zahlende zentrale oder lokale Berufsverbände. Die Deckung der Kosten des Arbeitslosenversicherungszuschusses habe zur Hälfte aus Reichsmitteln zu geschehen, die andre Hälfte der Kosten sei durch die Berufsgenossenschaften zu decken. Je nach den Anforderungen für die einzelnen Berufe habe das Reichsverdienstamt die durch die Berufsgenossenschaften zu zahlenden Beiträge festzusetzen, die von diesen auf dem Wege des Umlageverfahrens von den Arbeitgebern zu erheben seien.

Tischendörfer-Berlin beantragte im Interesse einer baldigen Einführung der Arbeitslosenversicherung die Zusammenwirkung der Krankenkassen, Ortsbehörden und Ge-

werkschaften und zwar dergestalt, daß 1. durch Beitragszuschläge der Krankenkassen die notwendigen Einnahmen erzielt werden, 2. durch ein Kommission, bestehend aus Vertretern der Ortsbehörden, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der Arbeitslosenfonds verwaltet wird und 3. die Auszahlung der Arbeitslosen-Unterstützungen in den Geschäftsstellen der Gewerkschaften erfolgt. Die Arbeiterchaft Deutschlands müsse durch ihre Vertreter in den Parlamenten und Gemeinden fortgesetzt dahin wirken, daß für derartige Unterstützungszwecke aus öffentlichen Kassen erhebliche Zuschüsse geleistet werden und eine Zentralisation der Arbeitslosenversicherung auf dem Boden weitgehender Selbstverwaltung der Arbeiterchaft in die Wege geleitet wird. Tischendörfer wies in der Begründung seiner Abänderungsvorschläge auf die Abneigung vieler Gewerkschaften gegen ein Eingreifen des Staates in dieser Sache hin, ohne ein solches werde es aber überhaupt nicht gehen. Wolfenbüttel habe bei seinem Vorschlage einer Reichsarbeitslosenversicherung die Mitwirkung der Arbeiter fast ausgeschlossen, das Emsche Projekt sei entschieden sympathischer, führe aber nach Wollentnüttsheim, die Arbeitslosenversicherung könne gegenwärtig nur in der Angliederung an die Krankenkassen geschehen, die Selbstverwaltung der Arbeiter sei selbstverständlich. Die Verwaltung des Arbeitslosenversicherungsfonds in den einzelnen Gemeinden denke er sich durch eine Reuekommission, in der sich sechs Arbeiter befinden müßten; die Auszahlung der Unterstützung habe durch die Gewerkschaften zu erfolgen. Sein Vorschlag habe für die nächste Zeit Aussicht auf Erfüllung, was bei dem Emschen nicht der Fall sei.

Von Fräulein Zme-Berlin wurde auch die Einschaltung der Anerkennung der zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern eines Gewerbes vereinbarten Tarife in den zweiten Absatz der Emschen Resolution befragt und in längerer Ausführungen der Zusammenhang zwischen der Frage der Arbeitslosenversicherung und der Frage der Anerkennung und Durchführung der Tarife in den einzelnen Organisationen dargelegt. Sie erklärte den Vorschlag Tischendörfers für ein Kompromiß, dem zuzustimmen ihr unmöglich sei; vorerst müßte in den Gewerkschaften der Gesetzgebung durch Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung vorgearbeitet werden.

Reichel-Stuttgart und Grimm-Hamburg betonten die Schwierigkeit dieser Frage, erklärten sich mit dem Emschen Vorschlage nicht in allen Teilen einverstanden, polemisierten nachdrücklich gegen den von Tischendörfer gemachten und verlangte die Einsetzung einer besonderen Kommission, die sich weiter mit dieser wichtigen Angelegenheit zu befassen habe.

Auch Rehnhäuser meinte, die Frage sei noch nicht reif und könne von diesem Kongresse noch nicht gelöst werden, die Lösung derselben sei nur in der Richtung des Emschen Vorschlages möglich. Er könne keiner Lösung zustimmen, durch welche die Gewerkschaften in ihrer freien Betätigung behindert würden.

Frau Zieg-Hamburg und Rob. Schmidt-Berlin traten für den Emschen Vorschlag ein, wenn derselbe auch nicht von heute auf morgen durchzuführen sei.

Biller-Frankfurt a. M. erklärte, daß vorerst ein Ausbau der Krankenversicherung wichtiger sei, er denke sich die Lösung der Frage durch ein Gesetz, in welchem die Krankenversicherung, Arbeitslosen-Unterstützung und Arbeitsnachweis vereint seien. Der Kongress könne heute nur den Gewerkschaften die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung zur Pflicht machen.

Den Verhandlungen am Freitagnachmittage wohnte der zweite Bürgermeister von Stuttgart bei.

Die Diskussion über den Punkt Arbeitslosenversicherung fand zunächst durch Grellich-Zürich Fortsetzung, welcher, auf die Schwierigkeit der Beschaffung von Unterlagen für die Arbeitslosenversicherung verweisend, auch der Befürchtung Ausdruck gab, der Staat werde kaum Garantien für die volle Befriedigung der Ansprüche wegen Arbeitslosigkeit übernehmen, deshalb erscheine ihm der Antrag Tischendörfers gar nicht gangbar. Gleichwohl finde er aber zwischen den beiden gemachten Vorschlägen nicht den Gegensatz, den Elm und Tischendörfer selbst als vorhanden betrachteten; vielleicht ließen sich beide Vorschläge verbinden. Eine gewisse Verzögerung, die ihm aufgefallen, sei gar nicht am Platze, die Bestellung einer Kommission aber erforderlich.

Leipart-Stuttgart hat die Empfindung, daß etwas zu früh an die Erweiterung der Arbeitslosen-Unterstützung herangegangen sei. Die Resolution Elm wäre für die Gewerkschaften vielleicht Veranlassung, die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung innerhalb der Gewerkschaften beiseite liegen zu lassen, statt zu verallgemeinern und auszubauen. Im übrigen hielt er die Vorschläge Tischendörfers für praktikabler als die von Elm und riet zur größten Vorsicht bezüglich der zu fassenden Beschlüsse.

In seinem hierauf folgenden Schlussworte wandte sich v. Elm gegen die Einsetzung einer Kommission. Mit der Forderung von Fr. Zme, den Ausbau der Arbeitslosenversicherung in den Gewerkschaften betreffend, sei er einverstanden. Er halte auch heute die Arbeitslosenversicherung nur unter der Voraussetzung für gut, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter den Wert dieser Unterstützung erkannt haben. Die Regierung solle heute nur auf den Weg verwiesen werden, auf den sie in diesem Punkte die Arbeiter haben wollen. Man habe auf die Unorganisierten gedeutet, für ihn käme aber zunächst die Organisation und damit sei auch das Interesse der Nichtorganisierten begründet. Die Koalitionsfreiheit sei für

ihn die Bedingung, ohne welche es nichts anderes gibt, ohne diese könnte es für die Arbeiter gar keine für sie brauchbare Arbeitslosenversicherung geben, in dieser Beziehung sei für ihn jeder Kompromiß ausgeschlossen. Die Unternehmer seien so oder so gegen diese Versicherung, und doch müßten sie jeder für seinen Teil zu den Lasten derselben herangezogen werden. Mag auch noch lange Zeit bis zur Verwirklichung dieses Zielles vergehen, der Weg zu demselben müsse heute aber doch festgelegt werden. Die Resolution von Elm mit den Abänderungsanträgen des Frh. Imle fand bairn gegen 8 Stimmen Annahme.

Zu dem Punkte das Koalitionsrecht der Eisenbahner wurde eine Resolution des Referenten Wirth-Dröben angenommen, welche von der Regierung baldigst Maßnahmen erwartet, die den Eisenbahnern das Koalitionsrecht unter allen Umständen sichere sowie die Entfernung aller Vorurteile und Verpflichtungen, welche sich in den gemeinsamen Bestimmungen auf die politische Befähigung und Betätigung der Eisenbahnbefindlichen außerhalb des Dienstes beziehen. Die vom Referenten geforderten Eisenbahnschiedsgerichte wurden abgelehnt und dafür Unterstützung der Eisenbahner unter die Gewerbegerichte verlangt.

Eine von dem Vorstande der deutschen Gärtnervereinigungen eingebrachte Resolution, inhaftlich welcher der Kongreß die gegebenden Körperschaften auffordert, durch unabweidende Gesetzesvorschriften die gewerbliche Gärtner der Gewerbeordnung zu unterstellen, fand ebenfalls Annahme, desgleichen eine von Schumann-Berlin vorgelegte, die den Straßenbahnangehörigen die Ausübung des Koalitionsrechts sowie die Unterordnung unter die Gewerbeordnung durch klare Bestimmungen gewährt wissen will. Frau Zieg-Hamburg fand mit ihrem Antrage auf energisches Eintreten des Kongresses, daß den Landarbeitern ebenfalls gesetzlich das Koalitionsrecht gewährleistet werde, auch die Zustimmung der Versammlung.

Die Anwendung des Erpressungsparagraphen gegen die ihr Koalitionsrecht ausübenden Arbeiter bildete dann das nächste von Massini behandelte Thema, welcher unter Hinweis auf die in Berlin erfolgten Verurteilungen von Arbeitern, die sich weigerten, mit Nichtorganisierten zusammen zu arbeiten, die schiefen Verhältnisse eingehend beleuchtete, welche durch solche Rechtsprechung zeitig sind. Unternehmer seien noch niemals wegen Erpressung belangt, wenn sie schwarze Listen geführt haben. Das große Buchhaltungsgeheiß sei nicht gelungen, bleibe es bei diesen Auslegungen, dann sei die Gewerbeordnung und mit ihr das Koalitionsrecht hinfällig, dann wäre ein kleines Buchhaltungsgeheiß da. In der von Massini sodann eingebrachten Resolution wurde energischer Protest gegen diese richterlichen Auslegungen erhoben und auf alle den Arbeitern daraus erwachsenden Schäden hingewiesen. Mit besonderer Schärfe wird das die Staatsanwaltschaften zum Einschreiten in dieser Richtung aufzuerwerbende Memorandum der preussischen Minister der Justiz und des Innern sowie auf die Straflosigkeit des Unternehmers in solchen Fällen Bezug genommen und die bestmögliche Erwartung ausgesprochen, daß die deutsche Reichsregierung diesen Urteilen gegenüber eine den Absichten des Gesetzgebers entsprechende Auslegung des Gesetzes bewirke. Diese Resolution wurde, nachdem Legien der Ansicht Ausdruck gegeben, die Arbeiter würden bei Nichterfüllung dieses Verlangens künftig ohne jede Erklärung die Arbeit einstellen, einstimmig angenommen.

Ohne Begründung und Diskussion gelangte sodann eine Protestresolution gegen den Zolltarif zur Annahme, in welcher der Gewerkschaftskongreß als Vertreter von über 700000 Arbeitern mit aller Entschiedenheit gegen die von der Reichsregierung geplante und von den Ungarn noch überforderte Besteuerung des Brotes sowie überhaupt gegen jeden Zoll auf Lebensmittel Verwahrung einlegt.

Am Freitag machte sich das noch zu erledigenden Materials halber eine Abend-sitzung notwendig. In derselben wurden diejenigen Anträge verhandelt, die die Abgrenzung der einzelnen Organisationen betrafen. Es handelte sich in der Hauptsache um die Frage der Aufhebung oder Beibehaltung der auf dem Frankfurter Kongresse beschlossenen Resolution Wuffe. Die Resolution Wuffe ermöglichte neben den großen Industrieverbänden Branchenorganisationen gegenüber einem Beschluße des Halbestädter Kongresses, der den Organisationen die Zusammenfassung zu Industrieverbänden empfahl.

Der Metallarbeiterverband beantragte die Aufhebung der Resolution Wuffe, wenigstens eine präzisere Fassung, während der Verband der Graveure beantragte, die Gewerkschaftsorganisationen zu verpflichten, diejenigen sich zum Eintritte Meldenden, für welche eine Zentralberufsorganisation besteht, abzulehnen und der zuständigen Zentralorganisation zu überweisen. Das Gleiche soll auch für die bisherigen Mitglieder gelten.

Die hierüber entstehende Debatte drohte einen Umfang anzunehmen — 30 Delegierte hatten sich zum Worte gemeldet — welcher eine Erledigung der Angelegenheit und eine Verständigung über dieselbe sehr in Frage stellte. Legien erklärte deshalb, er könne nur sagen, was er bei jeder Erörterung der Frage gesagt habe, es müsse mehr Toleranz geübt werden. Nach der jahrelangen Erfahrung sage er, daß die Diskussion nicht zum Ziele führen könne. Er meinte, die beste Toleranz werde geübt, wenn nicht mehr länger diskutiert werde, sondern durch Abstimmung ein Resultat zu ermitteln versucht werde.

Auf Antrag von Brückner-Berlin wurde dann mit großer Mehrheit Uebergang zur Tagesordnung beschlossen und nachdem Bömelburg noch einmal, um jede Mitbestimmung zu vermeiden, erklärt hatte, daß die Resolution Wuffe nur den unlauteren Wettbewerb treffen, aber nicht sagen wollte, daß jede Branchenorganisation gegenüber den Industrieverbänden unverpflichtet sei, kam noch der Streitfall zwischen den Glasarbeitern und der Holzarbeiterzeitung zur Besprechung. Es handelte sich darum, daß Röske in der Holzarbeiterzeitung einen Artikel gegen den Glasarbeiterstreik geschrieben hat, ehe der Streik beendet war. Nach Anhörung von Girbig-Stralau und Röske erklärte der Kongreß die Angelegenheit für erledigt. Wegen halb elf Uhr war die Abend-sitzung zu Ende.

Am letzten Verhandlungstage wurde zunächst das von der Redaktionskommission ausgearbeitete Regulativ über die Zusammensetzung der allgemeinen Gewerkschaftskongresse, die Zusammensetzung der Generalkommission, ihre Aufgaben und den zur Unterstützung der Generalkommission bestehenden Gewerkschaftsausschuß von Bringmann-Hamburg erläutert und ohne Debatte gegen drei Stimmen angenommen.

Unter dem dann folgenden Punkte: Die Stellung der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation, referierte Legien. Die Frage der Gewerkschaftskartelle sei gegen die Meinung der Mehrheit der Generalkommission auf Wunsch des Gewerkschaftsausschusses auf die Tagesordnung gekommen. Er empfahl, die Frage der Kartelle bis zum nächsten Kongresse ruhen zu lassen. Es seien eine Menge Anträge zur Kartellfrage gestellt worden. Rundweg abzuweisen seien die Anträge, welche den Kartellen eine besondere Organisation geben wollen, um ihnen eine Vertretung auf dem Kongreß einzuräumen. Unter den anwesenden Delegierten seien 37 Proz. Mitglieder der örtlichen Kartelle. Am besten sei es, bei den 1899 gefaßten Beschlüssen stehen zu bleiben und vorläufig die Frage zu vertagen.

In der sich entspannenden lebhaften Debatte vertrat Neßhäuser den Antrag, daß in den Kartellen nur diejenigen Organisationen zugelassen werden sollen, welche von der Generalkommission anerkannt werden. Er verwies auf die Verhältnisse im Leipziger Kartell, das die 165 Mann starke Zentralorganisation der Gewerkschaft der Buchdrucker anerkennt, aber den Verband ausgeschlossen habe. So lange die Gewerkschaft im Leipziger Kartell zugelassen sei, lehnten die Buchdrucker jede Beteiligung ab. Das Schlimme sei, daß das Leipziger Kartell Schule mache. Ein paar gleich verriekte Kartelle schlossen sich nämlich den Beschlüssen des Leipziger Kartells an.

Es wurde schließlich beschlossen, die Frage der Kartelle auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen. Außerdem stimmte die Mehrheit dem Antrage der Buchdrucker zu, daß in den Gewerkschaftskartellen nur Organisationen vertreten sein können, die von der Generalkommission anerkannt sind.

Die Wahl der Mitglieder der Generalkommission hat folgendes Resultat ergeben. Gewählt sind Sabbath mit 136, Legien mit 128, Silber Schmidt mit 121, Robert Schmidt mit 112, Knoll mit 107, Döblin mit 94, Cohen mit 85, Kube mit 85. Aus der Stichwahl zwischen Hübsch und Sassenbach ging letzterer mit 87 Stimmen als gewählt hervor.

Legien machte sodann den Vorschlag, daß die neugewählte Generalkommission sofort nach der Wahl zusammentreten, daß die Ueberlieferung aber erst zum 1. Januar 1903 erfolgen solle. Bis zum 1. Januar sollen die bisherigen Mitglieder der Hamburger Generalkommission die Geschäfte weiter führen. Die Erhöhung des Beitrags von 3 auf 4 Pfennige soll ebenfalls erst vom 1. Januar 1903 erfolgen.

In der Frage betreffs Schaffung eines Unterstützungsfonds für die Gewerkschaftsbeamten schlug Raepfow-Hamburg namens der hierzu eingesetzten Kommission eine Resolution des Inhaltes vor, daß die Frage einer Versicherungskasse für die Beamten der Gewerkschaften und für deren Witwen und Waisen zu gründen, prinzipiell bejaht werde. Die Kommission empfahl aber dem Kongresse, keine besondere Versicherungskasse zu schaffen, sondern die Generalkommission zu beauftragen, mit dem Vereine Arbeiterpresse nach der Richtung in Verbindung zu treten, daß ein Anschluß der Gewerkschaftsbeamten an die Unterstützungskasse des Vereins Arbeiterpresse gefunden werde. Diese Kasse müsse aber vollständig getrennt werden von den übrigen Zielen des Vereins Arbeiterpresse. Wenn zu den 320 Mitgliedern des Vereins Arbeiterpresse über 450 Gewerkschaftsbeamte hinzutreten, so würden für die etwa 800 Mitglieder der neuen Kasse gute finanzielle Grundlagen geschaffen.

Eine Bedingung empfahl die Kommission noch zu stellen. Die Verhandlungen mit dem Vereine Arbeiterpresse sollten bis spätestens 1. September abgeschlossen sein. Sollte das nicht gelingen, so sei die Generalkommission ohne weiteres zu beauftragen, eine selbständige Unterstützungskasse zu schaffen. Den Vorständen der Zentralverbände solle es zur Pflicht gemacht werden, die Hälfte der notwendigen Beiträge für ihre Beamten zu bezahlen.

In der Nachmittags-sitzung sprach Umbreit-Hamburg in längeren Ausführungen über die Notwendigkeit einer Unterstützungskasse für die Gewerkschaftsbeamten. Von einer Verschmelzung mit der Unterstützungskasse des Vereins Arbeiterpresse erklärte er sich nicht so erbaut Unter allen Umständen müsse aber bei einer Verschmelzung die Unterstützungskasse völlig vom Vereine Arbeiterpresse

getrennt werden, kein Gewerkschaftsbeamter dürfe gezwungen werden, diesem Vereine beizutreten.

Neßhäuser bezeugte den Entwurf als unannehmbar, würden die Grundlagen nicht verändert, so werde die Sache im Sande verlaufen.

Mit großer Majorität wurden sodann die Vorschläge der Kommission genehmigt.

Ohne Diskussion wurden hierauf angenommen der Antrag des Bergarbeiterverbandes auf Veranstaltung einer Umfrage über staatliche und private Fabrikpensionskassen und Veröffentlichung und Uebersmittlung des gewonnenen Materials an den Reichstag, weiter der des Buchdruckerverbandes nach Anstrengung einer Revision des § 134b der Gewerbeordnung und zwar soll in diesem Paragraphen aufgenommen werden die Bestimmung, daß in Berufen, wo beiderseitig ausgearbeitete Lohnsätze bestehen, bei der Lohnberechnung dieselben zu Grunde zu legen seien, sowie daß bei Verwendung der Strafgelehrten der Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht zusteht. Ferner wurde nach einem Antrage des Verbandes der Gastwirtschaftlichen die Generalkommission mit einer Untersuchung der Anstellungsbedingungen der Kellner in den Gewerkschaftshäusern beauftragt.

Namens der Generalkommission empfahl dann Legien noch folgende Norm für die Gehälter der Gewerkschaftsbeamten und Redakteure: Das Anfangsgehalt beträgt 2000 Mk. pro Jahr und steigt in den ersten fünf Jahren um 100 Mk. jährlich, in den folgenden um 50 Mk. bis zum Höchstsatze von 3000 Mk.

Hierauf ergriff Vorsitzender Bömelburg das Wort zur Schlussrede. Der Kongreß habe so manche Hoffnung auf eine Spaltung in der Arbeiterschaft vernichtet, klar und unzweideutig habe er gezeigt, daß die deutschen Gewerkschaften und die Sozialdemokratie zusammen gehören. Daß Regierungsvertreter diesem Kongresse beigezwöhnt, sei ein Beweis für die Stärke der Gewerkschaftsbewegung, die man auch in behördlichen Kreisen beachten müsse. Der Kongreß habe gegen den Brotwucher protestiert, die Abrechnung mit den Brotwuchern käme aber erst bei den nächsten Reichstagswahlen. Unter Hochrufen und Gesang ging sodann das Gewerkschaftsparlament auseinander.

Gelegentlich dieses Kongresses hat das Bureau mit den ausländischen Delegierten auch eine internationale Konferenz abgehalten. Aus deren Beschlüssen ist zu berichten die Schaffung einer internationalen Zentralstelle, deren Sitz in Deutschland und deren Funktionen der Generalkommission übertragen werden sollen. In jedem Lande soll nur eine Körperschaft als die Vertretung der Gewerkschaften anerkannt werden, für England sei dies die General Federation of Trade Unions.

Zu den hauptächlichsten Aufgaben dieser Zentralstelle gehöre die Regelung der Streiterkennung von einer Landesorganisation zur andern, die zwischen den Berufsorganisationen der einzelnen Länder bestehenden Verbindungen werden hiervon nicht berührt. Ferner sei eine gleichmäßige Gewerkschaftsstatistik anzustreben und zwar nach dem allseitig anerkannten Muster der deutschen Generalkommission. Die Abhaltung eines internationalen Kongresses fand keine Zustimmung, vielmehr sollen internationale Konferenzen der Landesvertreter stattfinden, die nächste im Anschlusse an den nächstjährigen Kongreß der englischen Föderation, deren Kosten Deutschland noch allein tragen wird.

## Korrespondenzen.

**Annaberg i. Erzgeb.** Seit kurzer Zeit sind hier die Mitgliedschaftsverammlungen zahlreicher besucht. Dies zeigte deutlich die am Montag, den 16. Juni, stattgefundene allgemeine Buchdrucker-versammlung, zu welcher sämtliche Mitglieder und 4 Nichtmitglieder erschienen waren und der Vorstand, Kollege C. W. Stoy aus Chemnitz, über die Tagesordnung zur Generalversammlung referierte. Eine aus der Mitte der Versammlung gestellte Resolution fand einstimmige Annahme, welche dem Kollegen Stoy den Dank für den beherrschenden und anregenden Vortrag abschattete und ihm ein gebundenes Mandat nicht geben wollte. Der Schlußsatz der Resolution, in der die Vorteile unserer Organisation den Nichtmitgliedern besonders ans Herz gelegt wurde und welche die Hoffnung enthielt, daß auch sie bald zu den Unsrigen gezählt werden können, wurde von einem anwesenden Nichtmitglied bekämpft. Hierauf wurden die tariflichen Verhältnisse einiger Druckerinnen zur Sprache gebracht, welche oft zu sehr erregten Debatten führten.

-ck. **Baugen.** (Berspäät.) Am 1. Juni beging der Seher Ernst Förster von hier in körperlicher und geistiger Frische sein 50 jähriges Berufsjubiläum. Zu Ehren des Jubilars, welcher durch ein Morgenständchen erfreut wurde, versammelten sich seine Prinzipale, Gebrüder Waese, und Kollegen im Sezerhause, wo er durch herrliche Ansprachen und passende Geschenke ausgezeichnet und geehrt wurde. Der Ortsverein veranstaltete zu dem festlichen Tage einen Kommerz, bei welchem dem Jubilare ein schönes Bierglas mit Buchdruckerwappen, vom Ortsverein gestiftet, übergeben wurde.

**Düren.** Als im Januar dieses Jahres die hiesige Mitgliedschaft zur Einführung des neuen Tarifes einen Vorstoß unternommen, wählten die tariffreien Gehilfen und Prinzipale in einer gemeinsam einberufenen Versammlung eine Kommission, um denjenigen Firmen, welche dem

Tarife noch abseits standen, die Anerkennung desselben zu unterbreiten. Infolge dieses Vorgehens der Kommission, wobei Herr Gamel und die übrigen Mitglieder ihr Bestes zum Wohle des Gewerbes taten, erkannten die Firmen Paul Schoeller und Schleicher & Schill den Tarif schriftlich an. Ebenso gewährte die Firma Hoesch & Dr. Haus ihrem Personal die durch den Tarif gebührende Zulage. Den Tarif nicht anerkannt haben die Firmen Degen (Volkzeitung), Becker (Ruhzeitung) und H. Bügeler. Herr Degen, der welchem einige Kollegen wegen Anerkennung des Tarifes vorstellig wurden, erbat sich Bedenkzeit bis 1. Juni. Nachdem diese Zeit verstrichen, stellten einige Kollegen dieses Geschäfts (S. N. B. und 1 Mitglied stehen dort) eine nochmalige Anfrage, erhielten aber eine ablehnende Antwort. Es hat den Anschein, als wenn die älteren dort stehenden „Kollegen“ mit den gebotenen Löhnen von 16, 18 und 20 Mk. durchaus zufrieden sind. Die Nichtinhabung der Bundesratsvorschriften verursacht denselben ebenjovonig Belenmungen. Das ganze Personal erhält nämlich pro Woche sage und schreibe zwei Handtücher und ein nasses Aufwaschen des Fußbodens gibt es überhaupt nicht. Warum auch? Die Leute haben ja eiserne Lungen, sonst würden sie sich so etwas nicht bieten lassen. Herr Degen, dessen Volkszeitung als amtliches Organ einen guten Abonnentenstand und die meisten Anzeigen hat, der die städtischen Arbeiten druckt, groß und bekannt als sozialer Streiter ist, dieser Herr braucht noch eine Bedenkzeit zur Anerkennung des deutschen Buchdruckerarifes? Warum nicht gleich offen Farbe bekennen, als sich zum Schlusse um die ganze Sache herumzudrücken! Die traurigsten Zustände herrschen aber in der Druckerei von Becker (Ruhzeitung). Dieses Organ mit seiner „hohen“ Auflage ist ein Kunstausbildungstempel, wie er hoffentlich nicht oft anzutreffen. Es stehen nämlich dort 7 Lehrlinge 5 Gehilfen gegenüber. Die Bezahlung der Gehilfen fängt mit 13,50 Mk. an. Der Accidensgeber, welcher schon über 15 Jahre im Geschäft tätig, erhält 19 Mk. Die Behörde wird Herrn Becker wohl noch bedeuten, daß er bei fünf Gehilfen nicht sieben Lehrlinge halten darf. Ferner ist noch die Firma Heintz & Bügeler zu erwähnen. Der Prinzipal ist Fachmann und beschäftigt 2 Gehilfen und 2 Lehrlinge. Ein Gehilfe wird ebenfalls unter Tarif entlohnt. Hier werden Arbeiten hergestellt, welche in der Druckausführung viel zu wünschen übrig lassen, und zu Preisen, wobei jeder Fachmann, der noch auf einen kleinen Verdienst rednet, mit Herrn Bügeler nicht konkurrieren kann. Wir möchten Herrn L. empfehlen, sich den Kommentar zum Minimal-Druckpreisetarif anzuschaffen! — Im Monate Juni hatten wir vier Neuaufnahmen zu verzeichnen, so daß die Mitgliederzahl nunmehr 36 beträgt. Am 29. Juni feiert unser Ortsverein sein Johannisfest, wozu die Kollegen der umliegenden Druckerei freundlichst eingeladen sind.

**Hamburg.** Der Maschinenmeisterverein hielt am 14. Juni in seinem Vereinslokale seine Monatsversammlung ab. Unter Vereinsmitteilungen gab der Vorsitzende die Bewegungstatistik bekannt: krank 3, arbeitslos 8, abgereist 3, ausgetreten 3 und zur Aufnahme gemeldet 3. Ferner wurde beschlossen, den konditionslosen Kollegen 2 Mk. zum Johannisfeste zu geben, aber nur denjenigen, welche sich am Feste beteiligen. Die Monatsabrechnung wurde verlesen und genehmigt. Es wurde seitens des Bibliothekars daran erinnert, die noch ausstehenden Lieberbieder baldigst abzuliefern und zu gleicher Zeit die Bibliothek zur regen Benutzung empfohlen. Die Firma Remmings & Hüfing hatte einen Prospekt mit einer Probe vom Reform-Zylinder-Auszug eingeschickt und die Firma Fischer & Krede einen Prospekt über den Anlage-Apparat. Beide Sachen fanden Anklang in der Versammlung. Der Vorsitzende fragt an, ob in den Druckereien, welche früher unter den Ausnahmebestimmungen standen, dieselben gefallen sind. So weit die Kollegen der Offizinen auswendig waren, arbeiten dieselben bis auf einen zu tariflichen Bedingungen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die mäßig besuchte Versammlung um 10<sup>1/2</sup> Uhr geschlossen.

**Karlsruhe.** (Maschinenmeisterverein) Der seinerzeit in Nr. 33 des Corr. angekündigte Maschinenmeisterfest in Offenburg findet nunmehr bestimmt am 20. Juli d. J. statt. Die Einladungszyklulare mit den näheren Einzelheiten wurden vor kurzer Zeit an alle Maschinenmeister des Gau'es Oberrhein, so weit deren Adressen durch die Bezirksvorsteher uns angegeben, versandt und eruchten wir um Einfindung der den Zirkularen beigefügten Anmeldepokarten bis spätestens 1. Juli. Zu jeder weiteren Auskunft ist bereit Ch. Schaffer, erster Vorsitzender, Beiertheim bei Karlsruhe, Schildstraße 15, II.

**Magdeburg.** Unser paritätischer Arbeitsnachweis hat sich in verhältnismäßig kurzer Zeit eingebürgert und erfreut sich einer befriedigenden Benutzung seitens der hiesigen Prinzipale. Die hinzugekommene größte Tariffirma bewahrt aber auch hier ihre exklusive vornehme Haltung, die allerdings in diesem Punkte mit dem Sinne des Tarifes und dem Willen unserer Tarifgesetzgeber kollidiert. Ein anderer Mißstand muß jedoch auch einmal an dieser Stelle zur Sprache gebracht werden und hoffentlich wird Besserung danach eintreten. Wir werden hier nämlich mit Meldungen konditionsloser tarifreuer Gehilfen in einer Weise und aus Entfernungen beglückt — sogar aus Schlesien ging kürzlich eine solche ein — die nur die Annahme bei den betreffenden Kollegen offen läßt, daß hier konditionslose Setzer und Drucker wie warme Semmeln abgehen. Leider heißt der Wind aber auch hier aus einem andern Boche und die Kollegen haben mit ihren

Meldungen meistens nichts weiter erreicht als Aufnahme in die Konditionslosenzettel. Ueberhaupt werden die benötigten Gehilfen immer in einer Eile verlangt, daß ein Heranholen auswärtiger Kollegen selten oder gar nicht möglich ist.

**st.-Weissen.** Wie wohl fast in allen größeren und mittleren Städten geschehen, reichte auch die hiesige Mitgliedschaft eine Petition, betreffend die Vergebung der städtischen Drucksachen an nur tarifreue Buchdruckereien, an die Stadtverordneten ein und zwar im Februar 1901. Dieselbe kam denn auch am 14. März 1901 in geheimer Sitzung zur Verhandlung. Da wir nun — und zwar mit Recht — der Meinung waren, auf unsre Eingabe auch eine Antwort erwarten zu dürfen, baten wir nach langem, vergeblichem Harren den Herrn Stadtverordnetenvorsitzer um gefällige diesbezügliche Auskunft. Am 30. Januar 1902 ging nun folgender Bescheid ein: „Auf die gefällige Anfrage vom 25. ds. Ms. teile ich mit, daß die betreffende Eingabe am 14. März 1901 in der Sitzung zur Verhandlung kam und beschlußgemäß an den Stadtrat zur Erledigung abgegeben worden ist. Eine Antwort ist noch nicht eingegangen. Die Stadtverordneten C. W. A. Hofmann, Vorsitzender.“ Die Herren Stadtverordneten harren also gleich uns einer Antwort seitens des Stadtrates. Wir waren nun allerdings hiernit nicht zufrieden gestellt, sondern erlaubten uns, beim wohlwollenden Stadtrat anzusprechen, welchem Schicksal unsre Petition verfallen sei. Man beehrte uns hierauf mit folgendem Schriftstücke: „Auf Ihre Eingabe vom 21. v. M. eröffnen wir Ihnen, daß wir von Ihrer Eingabe Kenntnis genommen haben, zu einer Beantwortung aber keine Veranlassung hatten, weil sie nicht an uns gerichtet war. Dr. M.“ Der löbliche Stadtrat hatte also von unsrer Eingabe Kenntnis genommen, jedoch — weil dieselbe nicht an ihn gerichtet war — keine Veranlassung zur Beantwortung. Nun gut! Wie aber steht es mit den Stadtverordneten, hochzuverehrender Herr Stadtrat? Hatten diese — nachdem sie die Petition beschlußgemäß an den Stadtrat zur Erledigung abgegeben — nicht Grund, auf eine Antwort zu warten? Wir glauben doch! Im Besitze dieses Schreibens hatten wir nun doppelte Veranlassung, die nähere Stellung des Stadtrates zur Petitionsangelegenheit kennen zu lernen. Unbedrossen reichten wir deshalb am 22. Mai ds. Jz. eine solche an den Stadtrat ein. Zu unser Freude waren wir auch schon am 3. Juni im Besitze der Antwort, dieselbe lautet: „Auf Ihre Eingabe vom 22. Mai haben wir uns anderweit mit der von Ihnen aufgeworfenen Frage beschäftigt. Hierbei sind wir zu einer anderen Entscheidung, als sie in einem Bescheide an den Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins Kreis VII (Sachsen) — Vorsitzender Herr Julius Mäfer, Leipzig — vom 27. Juli 1898 zum Ausdruck gekommen ist, nicht gelangt. Wir überlassen Ihnen, sich mit dem genannten Herrn Kreisvorsitzenden ins Benehmen zu setzen. Der Stadtrat.“ Wohl wußten wir, in welchem Sinne die Entscheidung lauten konnte; um aber die uns nun einmal interessierende Sache genau zu erfassen, wandten wir uns doch noch an den Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins (Kreisvorsitzenden). Die Miße verlornte sich, denn — man höre — der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins hat trotz diesbezüglicher Erinnerung eine Antwort nicht erhalten, wie folgende Antwort zeigt: „Wir kommen heute auf Ihre gefällige Anfrage vom 4. ds. Ms. zurück und können Ihnen mitteilen, daß uns von seiten des Stadtrates Weissen auf unsre Eingabe, betreffend die Vergebung der städtischen Drucksachen an nur tarifreue Buchdruckereien, eine Antwort nicht geworden ist, ebenso wie eine diesbezügliche Erinnerung fruchtlos war. Wir bedauern also, Ihrem Wunsche nicht entsprechen zu können.“ Um die Sache richtig beurteilen zu können, muß man wissen, daß ein Herr Stadtrat und Kommerzienrat einen großen Teil der städtischen Drucksachen (so auch wieder den letzten Haushaltplan) in Auftrag erhält. In einem Schreiben an das Tarifamt brachte nun Herr Kurz (derselbe war aufgefördert worden, den tariflichen Bestimmungen Eingang zu verschaffen), die Ausrede, daß bei ihm die Buchdruckerei eine Nebenbranche seiner Fabrik (Tintenfabrik) sei und deshalb einzelne Bestimmungen der Vorschriften bei ihm nicht eingeführt werden könnten. Herr K. beschäftigt 3-4 Setzer.

**München.** Die am 14. Juni im Kreuzbräu abgehaltene außerordentliche Generalversammlung erfreute sich, jedenfalls wegen des Tagesordnungspunktes Beitragserhöhung, eines sehr guten Besuchs. Eingangs derselben gedachte der Vorsitzende Kollege Seitz des kürzlich verstorbenen Kollegen Christian Benz, die Versammlung ehrte sein Andenken in der üblichen Weise. Die Gauvereinsoren erstatteten hierauf den Bericht über die kürzlich stattgefundene Division, dem zu entnehmen war, daß Binder und Kaffe sich in der besten Ordnung befinden, worauf dem Kassierer die beantragte Decharge erteilt wurde. Als nächster Tagesordnungspunkt folgte die Erhöhung des Beitrages zur Ortskaffe um 10 Pf. zum Zwecke der Unterstützung ausgesetzter Kollegen. Es befinden sich zurzeit 10 ausgesetzte Arbeitslose am Orte, denen in nächster Zeit 5 weitere folgen werden; außerdem sind in Ausnahmebedingungen 31 Kollegen, teils ausgesetzt, teils noch am Aussteuern. Trod dem diese Ziffern eine beredete Sprache für die Notwendigkeit dieses Antrages sind und trod dem der Vorsitzende diesen in eingehendster Weise begründete, wollten einige Redner so kurze Zeit vor der Generalversammlung nichts von einer erhöhten Steuer wissen und es der Zentralkasse überlassen, hier helfend zuzugreifen. Die Gegner einer Beitragserhöhung konnten

jedoch mit ihren Ausführungen nicht viel Anklang finden, denn die Abstimmung ergab gegen sechs Stimmen die Annahme eines Antrages, daß der um 10 Pf. erhöhte Ortsbeitrag erstmals am 5. Juli zu erheben ist. Weiter wurde einstimmig angenommen, daß die Extra-Unterstützung mit 29. Juni beginnt und die Höhe derselben 1 Mk. pro Tag beträgt auf die Dauer von 10 Wochen. Im Verlaufe der Diskussion über die Beitragserhöhung wurden, wie bereits in früheren Versammlungen, so auch in dieser wieder Vorwürfe laut gegen den hiesigen paritätischen Arbeitsnachweis. Kollege Joeltich wies diese als völlig unbegründet zurück und benutzte diese Gelegenheit zugleich zu einer Entgegnung auf den in Nr. 57 des Corr. enthaltenen Versammlungsbericht des Maschinenmeisterklubs. Der in diesem Berichte vorgeschriebene Fall, daß ledige, erst am Tage vorher zugereifte Maschinenmeister den verheirateten, beinahe ausgesteuerten, vorgezogen werden, erscheint nach den Ausführungen des Kollegen Joeltich in einem andern Lichte. Eine hiesige Firma verlangte nämlich einen Maschinenmeister zur Ausschilfe auf einige Wochen, da nun kurz vorher ein Maschinenmeister es abgelehnt hat, Konbition zur Ausschilfe anzunehmen, wies der Verwalter einen ausgesetzten, auf der Reise befindlichen Kollegen an. Dieser, froh, daß sich ihm endlich wieder Arbeitsgelegenheit bietet, wenn auch nur für ein paar Wochen, wurde von dem Faktor abgelehnt, jedenfalls weil sein Anzug nicht gentlemantile war. Auf dieses hin wurde sofort ein anderer am Orte liegender Kollege angewiesen, der dann auch angenommen wurde. Nach Ansicht des Kollegen Joeltich müßte die Generalversammlung in dieser Richtung Abhilfe schaffen, denn jedes Mitglied, gleichviel ob auf der Reise oder am Orte sich befindlich, hat das gleiche Recht auf Arbeit. Um dies zu ermöglichen, müßte es den reisenden Kollegen gestattet werden, sich länger am Orte aufhalten zu dürfen als dies bisher der Fall war. Den Bericht zum Gewerkschaftsvereine erstattete Kollege Dalmanayr. — Unter Vereinsangelegenheiten lag eine Anfrage vom Kollegen Heilmann vor, warum die Verbandshverwaltung Kapitalien in Hypotheken festlegt, obwohl sie statutarisch hierzu nicht berechtigt sei. Die Versammlung war zwar nicht kompetent zur Beantwortung dieser Frage, jedoch waren einige Kollegen der Auffassung, daß es ganz zweckmäßig sei, wenn ein Teil des Verbandvermögens festgelegt ist für die verschiedenen Unterstützungszweige. Wünschenswert wurde es aber bezeichnet, wenn im Rechenschaftsberichte diejenigen Anweisen aufgeführt würden, auf denen Hypotheken liegen.

**Neustadt a. Saardt.** Daß auch in der Provinz das Bestreben herrscht, dem Drange der Zeit nach durchgreifender beruflicher Bildung gerecht zu werden, beweist eine am 15. Juni hier abgehaltene Versammlung strebsamer Kollegen zur Gründung eines Typographischen Klubs nach dem Vorbilde solcher in den größeren Städten. Es herrschte ein guter Geist, so daß die Anregung allgemeine Zustimmung fand und zeichneten sich sofort ca. 20 Kollegen als Mitglieder ein. Im Interesse der gemeinnützigen Sache würden uns ältere typographische Gesellschaften zu großem Danke verpflichten durch Uebersendung von Drucksachen, Skizzen und sonstiger Hülfe über die Anfangstätigkeit derartiger Vereinigungen. Zusendungen beliebe man an Ed. Rüsch, Blumbergstr. 24, zu richten.

**Speier.** Unser Bezirksverein begehrt die Feier des diesjährigen Johannisfestes am 5. Juli durch ein Konzert mit Familienabend am dem kleinen Stordentkeller (früher Peterskeller). Hiernit in Verbindung feiert Kollege Philipps Renz das Jubiläum seiner 25jährigen Verbandangehörigkeit, was wir anordnen den Freunden des Jubilars in Kollegenkreisen zur Kenntnis bringen wollen.

**Stuttgart.** Anlässlich der Anwesenheit unserer Buchdruckerdelegierten am VI. deutschen Gewerkschaftskongresse fand am 18. Juni eine Mitgliedschaftsversammlung statt, in welcher man Gelegenheit hatte, einmal wieder ganz „fremde“ Gesichter zu sehen, welche seit Jahrzehnten unbekannt waren; es wäre nur zu wünschen, daß dieselben die Nutzenwendung aus dem Referate des Verbandsvorsitzenden zögen, immer und überall mitzuhelfen an der Verbesserung unsrer Lage, damit nicht immer die Vertrauenspersonen treiben müßten, sondern auch einmal das Gegenteil eintreten würde. Nachdem der Vertrauensmann die auswärtigen Gäste begrüßt hatte, referierte der Verbandsvorsitzende, Kollege Döblin, in einfindiger Rede über „Allgemeine organisatorische und tarifliche Fragen im Buchdruckergerwebe“. Er führte aus, daß uns unser Kampf vor 10 Jahren gelehrt habe, unsre Taktik den Verhältnissen anzupassen. Wenn diese Taktik von anderen Gewerkschaften nicht gebilligt wurde, so liege dies eben an unserer speziellen Verhältnissen. Aber unser Hauptaugenmerk müßte darauf gerichtet werden, ein einheitliches Lohngesetz zu schaffen, dies habe uns auf Wege geführt, welche bisher von keiner Gewerkschaft betreten wurden, zur Tarifgemeinschaft. Dieser eingeschlagene Weg habe viel Kritik erfahren müssen, sei überflüssigerweise auch noch ins politische Fahrwasser übergeleitet worden. Aber die Folge habe gezeigt, daß durch die veränderte Taktik stabilere Zustände im Gewerbe geschaffen und dadurch unsere Verhältnisse sich gebessert hätten, was bei fortwährenden Kämpfen nicht der Fall gewesen wäre. Der Corr. sei durch die Kritik genötigt gewesen, Angriffe zurückzuweisen, bedauerlich sei nur, daß auch in Mitgliedschaften Mißverständnisse Platz gegriffen hätten; dennoch könne unsre Organisation als mustergültig angesehen werden, und für etwaige Mängel werde die General-

verfaulung Abbisse schaffen, auch in der Tarifangelegenheit prinzipielle Fragen auflösen. Unsere Prinzipale hätten den Wert friedlicher Abmachungen begriffen, deshalb auch Zugeständnisse gemacht trotz schlechter Konjunktur, bei einem etwaigen Kampfe wäre nur ein Augenblickserfolg wahrscheinlich gewesen, aber auf friedlichem Wege etwas zu erreichen, sei bei dem Interessengegensatze taktisch richtiger. Die Schaffung unsrer Tarifgemeinschaft sei als ein Pionierwerk der Kultur anzusehen. Auch in agitatorischer Beziehung sei das Erreichste von hohem Werte, wie dies Rheinland-Westfalen zeige, wo jedoch in Anbetracht der seitherigen Verhältnisse begreiflicherweise noch Konzeptionen gemacht werden mußten. Das Tarifamt hätte sozusagen Wunder bewirkt! Das Telegramm an Kosadowsky hätte nur bezweckt, die Behörden auf das auf friedlichem Wege Geschaffene aufmerksam zu machen, um den beschlissenen, nachher abgubehenden Petitionen, an welchen sich auch Prinzipale von angelegener Stellung beteiligten, den Boden vorzubereiten. Uebrigens hätte sich ja auch die oberste Leitung der deutschen Gewerkschaften brieflich an dieselbe Stelle gewandt. Die Schen sei also gewichen, den Behörden Einblick in unsre Tätigkeit zu gewähren. Zum Schlusse kam Kollege Döblin noch auf seine Erklärung am Schlusse der Tarifberatung zu sprechen. Im Protokolle sei allerdings zu lesen, daß er für gemeinsame Unterstützungskassen eingenommen sei; er hätte aber erklärt: wenn Zeit und Verhältnisse es erfordern, würden solche die Behörden nicht abweisen. Döblin wies darauf hin, daß wir bezüglich der Krankenkassen unsre ursprünglichen Anschauungen ja auch geändert hätten. Man solle den leitenden Personen glauben, daß sie für die Mitglieder nur das Beste anstrebten. Redner berührte noch die jetzige große Konditionslosigkeit, welche aber keinen Anlaß geben soll, trüb in die Zukunft zu schauen, denn unsere Kassen seien noch gut gestellt, wenn wir auch jetzt sozusagen von unserm Fette leben müßten; es würden auch wieder bessere Zeiten kommen. In der Diskussion beleuchtete ein Redner, daß die Tarifgemeinschaft zum teile nützlich, zum teile schädlich für uns sei. Die Geschäftskrisis sei jetzt bedeutend und ob uns die Solidarität darüber hinweghelfe, sei nicht abzusehen. Es sei ein Fehler der Mainzer Generalversammlung gewesen, daß sie erklärte, das Hauptgewicht auf materielle Verbesserungen zu legen, anstatt auf Verkürzung der Arbeitszeit. Hierdurch wäre der Konstitutionslosigkeit abgeholfen worden. Die Verbesserungen durch die Sechsmaschinen fangen erst an, später werde es noch schlimmer, deshalb hätte die Verkürzung der Arbeitszeit nicht hintangestellt werden sollen. Kollege Rezhäuser kann die Zweifelsentheorie bezüglich der Tarifgemeinschaft nicht begreifen, es könne etwas doch nicht gut und zugleich schädlich sein. Die Tarifgemeinschaft sei nicht zweifelhaft, sie sei für uns eine Zweckmäßigkeitsfrage, welche wir benötigen müssen, so lange sie uns eben nütze. Sie sei für uns ein wirksames Hilfsmittel zur Organisation und notwendig, um uns dauernde Verbesserungen zu bringen. Alles Mögliche könne sie nicht bringen, durch Augenblickserfolge kämen wir aber auch nicht vorwärts. Bei anderen Gewerkschaften sei diese Ansicht ebenfalls durchgedrungen. Wenn wir 1896 den vorherrschenden radikalen Ansichten gefolgt wären, so hätten wir jetzt kein so sicheres Fundament. Aber die Buchdrucker hätten vorausgesehen und deshalb den Weg der Tarifgemeinschaft beschritten, um von der kapitalistischen Wirtschaft bei schlechtem Geschäftsgange nicht so hart getroffen zu werden. Die Prinzipale hätten eingesehen, daß trotz schlechter Konjunktur Verbesserungen am Plage seien, dies sei auch für die Zukunft erwünscht. Der folgende Redner führte aus, daß die Prinzipale es gut verstehen, die Verhältnisse auszunutzen trotz schlechterer Zugeständnisse. Wenn Rezhäuser annehme, daß wir ohne Tarifgemeinschaft jetzt trostloser dastünden, so liege dies nicht an der Form der Tarifgemeinschaft, sondern an unserm Zusammenhange, wie er sich 1892 und 1896 schon gezeigt. Dieser habe den Prinzipalen Konzeptionen abgerungen; nicht die vorausschauende Politik. Die Antipathie gegen die Buchdrucker beschränkte sich auf einzelne Personen, nicht auf die Partei, auch seien wir nicht schuldlos daran. Er tadelte Rezhäuser, daß er die Hamburger Geschichte der Accordmänner breiter geschlagen als selbst die Unternehmer. Im Berichte über den belgischen Streik sei der Parteivorstand ohne jeden Grund angegriffen worden. Rezhäuser solle den Corr. nicht als Kampfmittel gegen die Partei benützen. Die auf dem Kongresse gegebenen Erklärungen versprechen für die Zukunft hierin Besserung. Der nächste Redner wies darauf hin, daß im Corr. geschrieben wurde, daß 15 Proz. erreicht werden müssen und das Resultat seien jetzt kaum 5 Proz., während unsere Prinzipale die Preise um 10 Proz. erhöht hätten, trotzdem nicht einmal alle Gehilfen an den Verbesserungen teil gehabt. Er regte noch an, die 1896 und 1897 ausgeschlossenen wieder aufzunehmen. Kollege Rezhäuser entgegnete, wegen Zeitmangels könne er keine Stellung hier nicht genau präzisieren, auf der Generalversammlung werde dies aber gesehen. Er habe keine Abneigung gegen andere Gewerkschaften und habe so etwas auch nie zum Ausdruck gebracht. Bezüglich der sozialdemokratischen Partei erkläre er, daß, wenn sie die Buchdrucker ungeschoren lasse, es ihm nicht einfallt, sie anzugreifen. Er protestiere dagegen, daß er aus kleinlichen Interessen gegen die Partei losgezogen hätte; daß von der Partei einzelne Personen vorgeschoben wurden, sei nicht am Plage, denn der Verband dürfe kein Spielball für jedweden Phrasen sein. Unsere Leiter hätten in wirksamster Weise unsere Interessen vertreten, da den Zellen,

wo Kürzungen stattfanden, taufende gegenüber stehen, wo Erhöhungen eintraten und der Tarif erstlich durchgeführt wurde, ohne daß wir große Opfer bringen mußten. Diesen Ausführungen schloß sich der nächste Redner an; es sei schwer, einen Verband zu leiten, wenn nicht volles Vertrauen entgegengebracht werde. Wenn auch vieles im Corr. besser unterblieben wäre, so hätten es eben die Verhältnisse mitgebracht. In seinem Schlussworte erklärte Kollege Döblin, daß er kein Bedürfnis habe, andere Erklärungen als auf dem Kongresse abzugeben. Er ging auf die Gründe ein, die Rezhäuser zu seinem Verhalten bestimmten. Sobald er überzeugt werde, daß wir ohne Tarifgemeinschaft bessere Verhältnisse erhalten, sei er gern bereit, sie über Bord zu werfen. Der Mut bei den Mitgliedern sei 1896 erst gestiegen, als man eingesehen, daß es ohne Kampf abgehe, aber in richtiger Erkenntnis der Sachlage habe der Verbandsvorstand zuerst die Anregung gegeben, die Mitglieder hätten aber nicht immer die richtigen Konsequenzen gezogen. Rezhäuser hätte seine Schuldigkeit getan. Nachdem hierauf der Vertrauensmann dem Verbandsvorsitzenden den Dank für sein Referat ausgesprochen, bemerkte er anfügend, die Generalversammlung sei der Platz, wo unsere Angelegenheiten ausgefochten werden müßten. Gedankenaustrausch solle stattfinden, aber nicht persönlich ausarten. Wenn uns auch manche Ansichten trennen, so müsse doch unser Bestreben darauf gerichtet sein, der Organisation unser Bestes zu weihen. Mit einem Hoch auf den Verband wurde hierauf um 12 Uhr die Versammlung geschlossen. (Nun. d. Red. Es wäre jedenfalls richtiger gewesen, auch die Namen der in einer so bedeutungsvollen Versammlung auftretenden Diskussionsredner anzugeben. Manche vorgetragene Ansicht wäre dadurch einer eventuellen Berallgemeinernden Rückwirkung auf die Stuttgarter Mitglieder entkleidet.)

## Kundschau.

Der vierte Gewerkschaftskongress hat, wie unsere Leser aus den gedrängten, nach der Arbeiterpresse verfaßten und mit dieser Nummer beendeten Berichten ersähen haben, einen Verlauf genommen, der nach allen Seiten hin eine eingehendere Besprechung ebenso interessant wie notwendig erscheinen läßt, auch die in Leipzig beliebte Auffassung über die Debatte der ersten beiden Tage zwingen zu einer solchen. Durch die sich unmittelbar dem Kongresse anschließende Generalversammlung unsers Verbandes wird aber diese schon angeführte Abhandlung, welche der Feder unsers aus eigener Anschauung urteilenden leitenden Redakteurs entstammen wird, bis nach Schluß der Münchener Verhandlungen hinausgeschoben werden müssen. Andererseits machen wir jedoch unsere Leser nochmals darauf aufmerksam, daß bereits 14 Tage nach dem Kongresse ein sehr ausführliches Protokoll über die Stuttgarter Verhandlungen erscheinen wird, das zu dem billigen Preise von 20 Pf. abgegeben wird.

Der Vorstand der Oberbayerischen Buchdrucker-Kreisinnung hat in einer Eingabe an die königl. Regierung von Oberbayern die beschlossene Auflösung dieser Zwangsinnung motiviert. Interessant ist in der Eingabe die erwähnte Tatsache, daß Gegner und Freunde der Innung sich auf Grund eines neuen Statuts geeinigt hatten, diese Einigung aber durch die Entscheidung der Regierung zu nichte gemacht wurden, wonach gewisse Betriebe als „Fabriken“ nicht beitragspflichtig sind. Nachdem noch einige andere gesetzliche Hindernisse, die einem erfolgreichen Arbeiten entgegenstehen, Erwähnung gefunden, kommt die Eingabe zu folgendem Schlusse: „Damit ist auch für die Freunde der Innungsorganisation so ziemlich alles in Wegfall gekommen, was sich dieselben im Interesse des Gewerbes von dieser erhofft hatten. Die Scheidung der Betriebe in „Fabrik“ und „Handwerk“, schließt ein gemeinsames Zusammenwirken aller Gewerkschaften im Sinne der Geselzgebung aus und macht damit die im Interesse der Gesamtheit zu treffenden Maßregeln von vornherein unwirksam. Im Gegensaße zu der ominösen Bezeichnung „Zwangsinnung“ zeigt sich in der Praxis, daß sowohl diese selbst wie auch die gesamte Handwerkersegregation lediglich fakultativen Charakter und fakultativen Wirkungsbereich besitzen. Die sowohl vom Gesetzgeber wie von unseren Berufsgeossen erwartete Besserung der gewerblichen Verhältnisse ist aber auf diesem Wege nicht erreichbar. Die sehr erheblichen materiellen Opfer und persönlichen Leistungen, welche die Innungsorganisation mit sich bringt, stehen im umgekehrten Verhältnisse zu den Vorteilen, die aus derselben erwartet werden dürfen und sind um so geringer anzuschlagen, als selbst das auf dem Wege der freiwilligen Tarifgemeinschaft Erreungene teilweise in Frage gestellt werden würde.“

Die Ständeverordnungen in Saarbrücken beschloßen, dem Gesuche der östlichen Tarifkommission um Vergabung der amtlichen Druckarbeiten nur an tarifreie Druckereien zu entsprehen.

Außer den bei Gelegenheit des hundertjährigen Jubiläums, das die Firma W. DuMont-Schauberg als Besitzerin der Kölnischen Zeitung feierte, bewilligten Ferien (acht Tage nach fünfjähriger ununterbrochener Dienstzeit) überwiesen die Inhaber des Geschäfts den verschiedenen Hausklassen den Betrag von 100000 Mark und zwar der Invalidenkasse 10000 Mk., der

Witwen- und Waisenkasse 40000, der Versorgungskasse für die Angestellten 50000 Mk.

Eine Schule für Illustrationstechnik, Lithographie und Radierung wurde in München von dem früheren Herausgeber des „Affenpiegels“, Herr Rob. Heymann, errichtet. Außer dem Gründer, welcher in Lithographie und Zeichnung, besonders im Praktisch-Technischen (Plakatentwerfen, Buchschmuck) unterrichten will, sind als Lehrer der Zeichner für Regendorfers humoristische Blätter, Herr Ferd. Götz für die Abteilung Illustrationstechnik und Herr F. Brodhoff für die Abteilung Radierung als Lehrer gewonnen.

Das Kaiserl. Aufsichtsamte für Privatversicherung hat betr. der Unfallversicherung durch Zeitungsabonnements festgestellt, daß gegen eine solche Versicherung dann nichts einzuwenden ist, wenn sie nur durch Vermittelung des Verlagers bei einer Versicherungsgesellschaft erfolgt, welche zum Geschäftsbetriebe in dem betr. Bundesstaate berechtigt ist. In diesem Falle werden mit den Abonnementverträgen zugleich Versicherungsverträge abgeschlossen. Wenn dagegen der Verleger die Versicherung auf eignen Namen und auf eignen Risiko gewährt, so liegt ein Versicherungsunternehmen im Sinne des § 1 des Privatversicherungsgesetzes vor, ist also nicht zulässig. Der bisherige verantwortliche Redakteur der Berliner Korrespondenz, Dr. Tyrol, welcher in den Parlamenten mit der speziellen Berichterstattung für den Kaiser betraut war, ist an Stelle des verstorbenen Dr. Siemenroth zum Direktor des Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeigers ernannt worden. Er wird sein Amt am 1. Juli d. J. antreten.

Die Bogtäubische Volkszeitung (s.-b.) erscheint vom 1. Juli ab unter dem Titel Falkensteiner Tageblatt täglich.

Pressprozeß. Die Sächs. Arbeiter-Zeitung hat den Artikel, wegen dessen ein Redakteur der Leipziger Volkszeitung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist und der sich gegen den Reichstagsabgeordneten Haffe richtete, abgedruckt und ist ebenfalls verurteilt worden. Das Resultat war das Gleiche. Redakteur Fleißner wurde ebenfalls zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die in der Provinz Sachsen und dem Herzogtume Anhalt bestehenden Zahlstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes sind zu einem Gau vereinigt, dessen aus fünf Personen bestehender Vorstand die gewerkschaftliche Agitation in den genannten Bezirken leitet. Der Vorsitzende B. des Gaus wurde von der Polizei aufgefordert, das Statut deselben einzureichen und die Namen der der Verwaltung angehörenden Personen anzugeben. Er antwortete dem Polizeipräsidenten, daß der Gau ein Statut nicht besitze und daß er sich zur Erteilung der verlangten Auskunft nicht verpflichtet erachte. Die Folge war die Einleitung eines Strafverfahrens. Das Schöffengericht Magdeburg verurteilte ihn zu 30 Mk. Geldstrafe, vor dem Berufungsgerichte beantragte der Verteidiger die Freisprechung; der Gauverband habe kein Statut. Nur ein Verein, der ein Statut besitze, habe ein solches einzureichen, nicht etwa brauche ein Verein sich ein Statut anzulassen, nur weil die Polizei ein solches verlange. Der Angeklagte sei bei der Lage der Sache lediglich verpflichtet gewesen, der Polizei anzuzeigen, daß ein Statut nicht vorhanden sei. Diese Anzeige habe er erstattet. Das Verlangen der Polizei nach Angabe der Namen der Verwaltungsmittglieder sei unberechtigt. Die Vorleser eines Vereins hätten auf Verlangen der Polizei lediglich auf das Verzeichnis der Vereinsmitglieder bezügliche Auskünfte zu erteilen, die Angabe der Namen der Vorstandsmittglieder eines Vereins könne die Polizei nicht beanspruchen. Außerdem sei die Freisprechung B.s geboten, weil der Gauverband kein Verein sei. Ein Verein im Rechtssinne liege nur vor, wenn mehrere physische Personen sich zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes verbunden hätten. Der Gauverband bestche aber nicht aus physischen Personen, sondern aus Vereinen, nämlich aus Zahlstellen des Gauverbandes. Der Gauverband sei daher kein Verein, er sei ein Organ eines Vereins. Das Landgericht schloß sich diesen Ausführungen an, hob das Urteil des Schöffengerichtes auf und sprach den Angeklagten frei.

Die Schadenersatzklage der ausgesperrten Werftarbeiter gegen die Firma Wlohm & Wöh in Hamburg ist vom hanseatischen Oberlandesgerichte endgültig abgewiesen worden. Es handelte sich um den bekannten Prozeß, wo die Kläger sich auf § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches stützten, weil es ihnen durch den Aussperrungsbefehl der Unternehmer unmöglich gemacht wurde, Arbeit zu finden.

Die Allgemeine Deutsche Krankenkasse Wiche in Berlin, eingeschriebene Hilfskasse, im Jahre 1898 gegründet, hat sich wegen Zahlungsunfähigkeit aufgelöst. Die Mitglieder der ebenfalls verkrachten „Wohlfahrts-Krankenkasse“ dafelbst haben nun noch nachzuzahlen. Wegen die Prometheus-Vericherten schweben allein 1500 Prozesse. In einer der Versammlungen, welche die Mitglieder abgehalten, wurde nach der W.-Z. konstatiert, daß im Jahre 1900 von 47 deutschen Gesellschaften 13 mehr als 20 Prozent von der Prämie (und den Zinsen der in den Vorjahren bereits in Reserve gelegten Prämien) als Verwaltungsaufwand verbraucht haben. Nur 12 Gesellschaften brauchen davon 5 bis 10 Prozent. Wenn selbst letztere Sätze immer noch als höchst anständige Opfer für das Incasso von ca. vier Prämiensummen im Jahre bezeichnet werden müssen, so sind Opfer bis 40 Proz. bei den ersten 13 Anstalten eine Gefaß, die niemand, der sich

doch verschärft, unterschätzen sollte. Da nun nach dem neuen Gesetz Nachschußausreibungen ohne alle Einrede und ohne alle Klage sofort zu gerichtlicher Zwangsvollstreckung kommen, so ist die Gefahr für jeden Versicherten einer Gegenleistungsbank fast gleichbedeutend mit wirtschaftlichem Ruin. Binnen drei Jahren sollen alle diese Gesellschaften ihre Reserve mindlich nachweisen. Binnen fünf Jahren soll die Anlegung zu Reuzschulden in Hypotheken, zu Einzahlungen in guten Staatspapieren und dergleichen erfolgen. Die Jagd nach Erhaltung des Versicherungsbefandes erfordert bei vielen Gesellschaften bereits mehr Opfer an Provisionen als der Zugang am Jahreschlusse ergibt. Grund genug, derartigen Privatgesellschaften gegenüber der äußersten Zurückhaltung sich zu befleißigen.

Wegen Unterschlagung von Vereinsgeldern wurde der ehemalige Kassierer der Zahlstelle des Zimmererverbandes, Karl Lange in Charlottenburg, zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Es fehlten in der Kasse 796 Mk.

Verurteilt wurde ein Kaufmann in Köln wegen fortgesetzter Fälschung, Unterschlagung und schwerer Urkundenfälschung zu vier Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Ein Brauereibesitzer bei Soest hat zwei Monate Gefängnis zu verbüßen und 2000 Mk. Geldstrafe zu zahlen wegen Steuerhinterziehung. Die Prozesskosten betragen außerdem mehrere tausend Mark.

In Kiel wurde ein ausgewandertes italienischer Arbeiter, der angeblich seine arbeitswilligen Landsleute „bedroht“ hat, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Zwei Monate, die ihm angedrohet wurden, hatte er bereits in Untersuchungshaft verbracht.

Ausstände. Die Bauarbeiter in Berlin haben auf allen Bauten, welche die gestellten Forderungen nicht anerkennen (auf etwa 15 Bauten ist dies geschehen), die Arbeit eingestellt. Der Streik der Fensterputzer in Braunschweig ist auf dem Verhandlungswege beigelegt. In Guben haben die Maurer die Kündigung eingereicht. Verhandlungen mit den Unternehmern hatten keinen Erfolg. Der Maurerstreik in Jena mußte, weil aussichtslos, aufgegeben werden. Von den 300 Ausständigen sind 85 abgereist, 55 wurden anderweit untergebracht, 65 arbeiten zu neuen Bedingungen, 45 befinden sich noch im Streik, der Rest kehrt während des Streiks bedingungslos an die Arbeit zurück. In Rönigsee befinden sich 34 Leberarbeiter der Firma Hgt & Kühn im Ausstände. In Posen, wo sich noch ein Teil der Maurer und deren Hilfsarbeiter (lehtere unfreiwillig) im Ausstände befinden, haben nun auch die Zimmerer die Arbeit niedergelegt, einen Einheitslohn von 45 Pf. fordernd. Auch die Konfektionsmeister daselbst dürften inzwischen die Arbeit eingestellt haben.

In Triest streiken wegen Lohnsdifferenzen 450 Arbeiterinnen in Handwebgeschäften und 40 desgleichen einer Seilere. In Zürich streiken seit 4. Juni etwa 1000 Arbeiter der Welfirma Escher, Wyss u. Co.; sie verlangen Entlassung des Betriebschefs, Zurücknahme der Maßregelung zweier Schloffer, Garantie des Tagelohnes im Accord und Regelung des Accordsystems. In Turgi (Schweiz) die Arbeiter der Metallwarenfabrik um Lohnserhöhung und Zurücknahme einer Maßregelung. Ein Teil der Bergleute des Kohlenbeckens in den Departements Nord und Pas de Calais trat in den Ausstand, weil die Bergwerksgesellschaften, infolge Rückganges der Kohlenpreise und Vermehrung der Betriebskosten, den für einige Jahre vereinbarten Lohn nicht mehr zahlen wollten. Der Straßenbahnstreik in Neapel ist durch Vergleich beigelegt worden.

### Einsätze.

Das Juni- (9.) Heft des Deutschen Buch- und Steinbrücker (Berlin W. 57) bietet seinen Lesern Artikel über den neuen Ein- und Auslegeapparat für Tiegeldruckpressen, „Economic“, über das Entwurfen und Schätzen, das Zeichnen für den Prägebuck, die chromographische Industrie, Pinfelmaschinen u. dergl. mehr. Die Vorführung und Besprechung einer Anzahl Schiffsleberergewinnnisse, Korrespondenzen aus fachtechnischen Vereinen, die Unterhaltungsbeilage Graphische Feiertunden und die wiederum gut gelungenen Satz- und Druckmuster vervollständigen diesen monatlichen Bericht über die graphischen Künste.

Entstehen und Werdegang des Typograph, kombinierte Setz- und Zeilenziehmaschine. Separatabzug einer Beilage für die „Graph. Künste der Gegenwart“ von Theodor Wobbel, herausgegeben von Felix Kreis in Stuttgart. Mit zahlreichen Abbildungen.

### Briefkasten.

W. in Köln: Was Sie über die Kölner Verlagsanstalt in Ihrem Artikel sagen, ist im wesentlichen das gleiche wie in der angezogenen Nr. 69 und was Sie sonst noch schreiben ist zum mindesten unverständlich. Abdruck erübrigt sich daher. — W. in S.: Nicht verwendbar. — A. in Breslau: Leider nicht mehr möglich, Bericht befand sich schon im Druck. — P. in Weisse: Ueber dieses Kapitel haben wir jetzt im Corr. die Akten geschlossen, da inzwischen die Generalversammlung sich mit den einzelnen „Wahlfrauen“ beschäftigt hat. — A. G. in Altona: Sie beziehen sich auf die Nummer 66 des Corr. von 1901. In diesem Artikel steht wohl, daß in Sachsen-Weimar die Verbandsbeiträge als abgussfähig anerkannt sind. In Preußen und wohl auch in den übrigen Staaten sind generelle Verfügungen in diesem Sinne aber nicht erlassen, in ersterem Staate läßt vielmehr der in Betracht

kommende Artikel 24 der Anweisung zur Ausführung des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 die bekannte Auslegung zu, weshalb das ganze mehr Falls- und Glücksfälle ist. Im allgemeinen jedoch erkennen neuerdings die Steuerbehörden die Abgussfähigkeit an. — E. in Posen: 1,20 Mk. — S. in Hildburghausen: 3,50 Mk. — E. in Wülhausen i. E.: 3,25 Mk. — Riffig und Genossen in Kassel: Beile 25 Pf., wir bekommen demnach noch 1,20 Mk.

Wir erlauben uns Angabe über den jetzigen Aufenthalt des Sebers Albert Nagast, im vorigen Jahre in Frankfurt a. M. konditionierend.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung.

Bei Konditionswechsel von einem zum andern Orte wollen die Kollegen — um sich vor Schaden zu bewahren — jedrmal zuvor bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen einziehen. Der Verbandsvorstand.

Bezirk Weimar. Die Adresse des derzeitigen Kassierers lautet vom 26. Juni ab: Max Schreiner, Weimar, Käserstraße 9, I.

Bezirk Reik. Die Wohnung des Vorsitzenden Fr. Klau befindet sich vom 1. Juli ab: Gartenstraße 34, part. links.

Arnsberg (Westf.). Den Austausch der Johannistagsdruckfaden besorgt R. Meißner, Grafenstraße.

Bremen. Den Austausch der Johannistagsdruckfaden vermittelt Koll ge E. Schiele, Alexanderstraße 10.

Wain. Ueber den jetzigen Aufenthalt des Sebers Georg Lagin aus Hannover wolle man gefälligst Nachricht hierher gelangen lassen an W. J. Wöttiger, Bingerstraße 8.

Mannheim. Der Seber Oskar Dummelbinger aus Mannheim, Hauptbuchnummer 31726, welcher sich in der Zeit vom 30. März bis 22. Mai hier aufhielt, wird wegen wichtiger Angelegenheit um umgehende Angabe seiner jetzigen Adresse an den hiesigen Vorstand ersucht. Die Herren Verbandsfunktionäre werden auf Vorstehendes aufmerksam gemacht.

Wald (Meinl.). In der letzten Monatsversammlung wurde, nachdem der seitige Vorsitzende sein Amt niedergelegt, an dessen Stelle einstimmig Kollege Fr. Freitag, Schützenstraße 19a, gewählt. Gleichfalls wurde die Wahl eines Schriftführers notwendig und als solcher Kollege Heinrich Kiffel, Frühlingsstraße 36, einstimmig gewählt. Letztern wurden noch die Pflichten eines Bibliothekars aufgelegt.

Wurzen. Die Adresse des jetzigen Vertrauensmannes von hier lautet Rich. Thiele, Querstraße 18, I.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Alschaffenburg der Seber Oskar Feuerlein, geb. in Würzburg 1876, ausgel. das. 1894; war noch nicht Mitglied. — Eduard Hoffmann, Lamboystraße 47. In Berlin die Seber I. Wilhelm Vorchert, geb. in Br. Stargard 1876, ausgel. das. 1895; 2. Otto Dypke, geb. in Berlin 1883, ausgel. das. 1902; 3. Gust. Ebert, geb. in Berlin 1883, ausgel. das. 1902; 4. Hermann Grünwald, geb. in Briesen 1870, ausgel. in Berlin 1888; 5. Friedrich Hangel, geb. in Wien 1878, ausgel. das. 1895; 6. Adolf Mann, geb. in Charlottenburg 1854, ausgel. in Berlin 1872; 7. Christoph Riebe, geb. in Salsungen 1883, ausgel. das. 1902; 8. Paul Schroedter, geb. in Berlin 1884, ausgel. das. 1902; die Drucker 9. Albert Mann, geb. in Charlottenburg 1878, ausgel. in Berlin 1896; 10. Otto Sternitzky, geb. in Berlin 1883, ausgel. das. 1902; die Stereotypen 11. Franz Hoffmann, geb. in Michendorf 1883, ausgel. in Potsdam 1901; 12. Julius Siebert, geb. in Dittersbach 1892, ausgel. in Berlin 1901; waren noch nicht Mitglieder; die Seber 13. Franz Glaz, geb. in Trier 1868, ausgel. das. 1886; 14. Emil Rerschak, geb. in Berlin 1874, ausgel. das. 1893; 15. Paul Knid, geb. in Stettin 1878, ausgel. in Berlin 1895; 16. Otto Lehnert, geb. in Berlin 1867, ausgel. das. 1885; 17. Adolf Medel, geb. in Berlin 1879, ausgel. das. 1898; der Drucker 18. Wilhelm Ebling, geb. in Stralsund 1875, ausgel. das. 1894; waren schon Mitglieder. — Fr. Stolle, Berlin S, Ritterstraße 88, I.

In Kassel die Seber I. Konrad Brede, geb. in Oberzwehren, Kreis Kassel 1883, ausgel. in Kassel 1902; 2. Karl Fint, geb. in Wählerhausen 1883, ausgel. in Kassel 1902; 3. Franz Schmidt, geb. in Cönnern 1883, ausgel. das. 1901; 4. die Drucker Max Reider, geb. in Kassel 1884, ausgel. das. 1902; 5. Ernst Aschendorff, geb. in Kassel 1884, ausgel. das. 1902; waren noch nicht Mitglieder. — R. Engelbach, Kastellstraße 12, 2.

In Brrach I. der Seber Ludwig Wolf, geb. in Lüdingen 1884, ausgel. das. 1900; war noch nicht Mitglied; 2. der Drucker Karl Ludwig Beck, geb. in Winterlingen (D.-B. Württemberg) 1877, ausgel. in Gingen 1896; war schon Mitglied. — In Thiengen der Seber Adolf Bernauer, geb. in Grafenhausen 1884, ausgel. in Thiengen 1902; war noch nicht Mitglied. — In Zell der Schweizerberger Adolf Kimmle, geb. in Zell 1884, ausgel. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — August Sinnwald in Lörrach, Riesstraße 7.

In München der Drucker Josef Fichtner, geb. in Osterhofen 1855, ausgel. in München 1873; war schon Mitglied. — In Schweinfurt die Seber I. Fritz Doppel, geb. in Obbach 1885, ausgel. in Schweinfurt 1902; 2. Volkmar Haate, geb. in Schweinfurt 1884, ausgel. das. 1902; 3. der Schweizerberger Josef Steidle, geb. in Krumbach 1883, ausgel. das. 1899; waren noch nicht Mitglieder. — Ludwig Zueßlich in München, Klenzstraße 22, I.

In Weilar der Seber Otto Jahn, geb. in Jeknitz (Anhalt) 1878, ausgel. in Krähenhainichen 1896; war schon Mitglied. — A. Holland in Gießen, Landgrafenstraße 3, I.

### Reise- und Arbeitslofen-Anfertigung.

Hauptverwaltung. Da am 1. Juli in Kottbus und in Wittenberg neue Zahlstellen eröffnet werden und auch bei der am 1. Mai eröffneten Zahlstelle Brandenburg a. S. mehrere Touren hinzugekommen sowie Anzahlzeit geändert ist, bringen wir zur gefälligen Beachtung für die reisenden Kollegen und der in Betracht kommenden Verwalter nachstehend die Touren der drei neuen Zahlstellen nebst den Adressen und Anzahlzeiten der Verwalter.

1. Zahlstelle Brandenburg a. S. Verwalter: Wihl. Jordan. Anzahlzeit: Nikolaistraße 19, II, nachmittags von 2½ bis 2 Uhr, jedoch nur Wochentags. — Im Maximum wird bezahlt: für die Tour von Berlin nach Brandenburg 6 Tage, „ „ „ „ „ „ 11 „ „ „ „ „ „ „ 6 „ „ „ „ „ „ „ 8 „ „ „ „ „ „ „ 10 „ „ „ „ „ „ „ 4 „

2. Zahlstelle Kottbus. Verwalter: Jul. Greimann. Anzahlzeit: Zentral-Perger, Schloßstraße, wochentags von 5 bis 6 Uhr, Sonntags von 11 bis 12 Uhr. — Im Maximum wird bezahlt: für die Tour von Berlin nach Kottbus 9 Tage, „ „ „ „ „ Dresden 7 „ „ „ „ „ „ Frankfurt a. D. „ 5 Tage, „ „ „ „ „ „ „ 8 „ „ „ „ „ „ „ 6 „ „ „ „ „ „ „ 11 „ „ „ „ „ „ „ 8 „

3. Zahlstelle Wittenberg. Verwalter: Paul Henkel. Anzahlzeit: Fremden-Vertehr L. Wöfel, Kupferstr. 12, abends von 6 bis 7 Uhr, Sonntags von 11 bis 12 Uhr mittags. — Im Maximum wird bezahlt: für die Tour von Berlin nach Wittenberg 8 Tage, „ „ „ „ „ „ „ 4 „ „ „ „ „ „ „ 9 „ „ „ „ „ „ „ 9 „ „ „ „ „ „ „ 8 „ „ „ „ „ „ „ 7 „ „ „ „ „ „ „ 6 „

Infolge Eröffnung dieser drei Zahlstellen ist dem gedruckten Tourenverzeichnis neu einzufügen: Bei der Zahlstelle

Berlin: die Tour von Brandenburg nach Berlin mit 4 Tage, „ „ „ „ Kottbus „ „ 7 „ „ „ „ „ Wittenberg „ „ 6 „ „ „ „ „ „ Wittenberg nach Dresden „ 6 „ „ „ „ „ Wittenberg „ 8 „ „ „ „ „ „ die Tour von Kottbus nach Fr. „ 5 „ „ „ „ „ Wittenberg „ 9 „ „ „ „ „ „ die Tour von Kottbus nach Glogau „ 8 „ „ „ „ „ Kottbus nach Glogau „ 6 „ „ „ „ „ die Tour von Kottbus nach Leipzig mit 9 Tage, „ „ „ „ „ Wittenberg n. Leipzig „ 5 „ „ „ „ „ die Tour von Brandenburg n. Bineb. „ 11 „ „ „ „ „ die Tour v. Brandenb. n. Magdeb. „ 5 „ „ „ „ „ „ Wittenberg n. Magdeb. „ 5 „ „ „ „ „ die Tour v. Brandenburg n. Neustr. „ 8 „ „ „ „ „ die Tour v. Brandenb. n. Schw. „ 10 „

Dagegen sind im Tourenverzeichnis zu streichen die von bezw. nach Berlin gehenden Touren: — Glogau, Leipzig und Magdeburg sowie bei Dresden die längere Tour über Kottbus.

Nürnberg. Die dem Seber Franz Haber Bauer Hauptbuchnummer 39522, Bayern 2897 unterm 9. Juni hier ausgesetzte Reiselegitimation ist angeblich verloren gegangen. Es wurde eine neue Legitimation mit der Bezeichnung Duplikat ausgestellt. Erstere wird für ungültig erklärt.

Oldenburg. Um Einfindung des Buches des Sebers Herbert, der vom 13. bis 29. April hier in Kondition stand und einen Beitrag bezahlte, wird beifolgend Eintragung des Letztern gebeten an Aug. Barr, Bürgerstraße 18.

### Zentral-Kommission der Maschinenmeister Deutschlands.

In der am 22. Juni in München abgehaltenen Besprechung der Drucker legte die jetzt amtierende Kommission ihr Amt nieder, Berlin mußte als Sitz derselben wieder gewählt werden, da Kollege Wälfeste-Stuttgart aus Gründen, deren Berechtigung von den anwesenden Vertretern nicht anerkannt wurde, die Wahl ablehnte. — Bis zur Neuwahl der jetzt aus 5 Mitgliedern zu bestehenden Kommission, die der Berliner Verein vorzunehmen hat, wird der Unterzeichnete die Geschäfte weiterführen. Berlin SO, 36. Oskar Teske, Mantuffelstraße 59, II.

**Gine nachweislich Kostg. Buchdrucker**  
in verkehrsgerechter Stadt der Provinz  
Hannover zu verk. Inhaber bleibt unbeh.  
Kapital. beteiligt. Gründung e. zeitgen.  
Zeitung findet bez. Unterführung. Werte Off.  
unter G. N. O. Hamburg, Dovenhof lagernd.

**Wer beteiligt**

sich in Berlin C an Druckerei oder übernimmt  
solche auf eigene Rechnung? Schnell u. Postkon-  
presse vorhanden. Schriften sind zu best. Preis.  
Monatliche Muster mit Kraftbetrieb, Werte,  
Benutzung des Hausdieners usw. 50 Mark.  
Kundschaft vorhanden. [104]  
Hof, Berlin C, Kurstraße 34.

**Ein Herr**

gesucht, gleich an welchem Orte wohnend,  
zum Verkauf unserer Zigarren an Wirt-  
schafter usw. Vergt. 120 Mk. pro Mt., außer-  
hohe Prov. A. Kieck & Co., Hamburg. [110]

Für meine neugegründete, mit nur mo-  
dernem Material ausgestattete Accidenz-  
druckerei suche per sofort einen wirklich tüch-  
tigen

**Accidenzsetzer**

erste Kraft, der auf der Höhe der Zeit steht  
und im Entwurf sowie Komplimentschnitte  
Herborragendes leistet, und einen

**Maschinenmeister**

erste Kraft (an der Rheinania) bei hohem  
Lohne.

Herren, welche sich über ihre Leistungsfähig-  
keit durch selbstgefertigte Muster ausweisen  
können und gewillt sind, ein vierzehntägiges  
Probe-Gesamtmotiv einzugehen, wollen Offerten  
mit Gehaltsansprüchen einreichen an [109]

Buchdruckerei Nitschowski, Siegen.

**Tüchtiger Mechaniker**

der schon in Schriftgießerei tätig war, gesucht.  
Rudhardsche Gießerei, Offenbach a. M.

**Maschinenmeister**

mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut,  
sofort gesucht. Nur selbständiger und flott  
arbeitende Meisterkanten wollen sich melden.

**Dietsch & Brückner**

Weimar. [113]

Jungen, an der Maschine tüchtig. Schweizer-  
Nagen, der über 500 Mt. oder mehr ver-  
fügt, kann sofort in ausblüh. Druckerei in H.,  
angen. u. billiger Stadt als stiller Teilhaber  
eintreten, deren Leitung er später übernehmen  
soll. Sicherstellung, guter Zins u. Beteiligung  
am Reingewinne. Werte Offerten sub G. A. K.  
postlagernd Halle a. S. erbeten. [115]

**Junger Setzer**

in allen Gattungen bew., ev. auch Ausschiffe an  
der Maschine, sucht dauernde Kondition.  
Werte Offerten erbeten an Hof. Binder,  
Leutkirch i. W. [118]

**Junger Setzer**

im Werk, Tabellen u. leichteren Accidenz-  
arbeiten gut erfahren, sucht Stellung. Eintritt 14 Tage  
nach Engagement. Werte Offerten erb. unter  
T. O. 1 hauptpostlagernd Leipzig. [122]

**Zeitungssetzer**

sucht zu Anfang September resp. Oktober  
tarifmäßige Kondition, am liebsten im Nord-  
westgau. Werte Offerten unter S. 111 an die  
Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Typographsetzer**

2 1/2-jährige Praxis, sucht Stellung. Werte  
Offerten erbittet Karl Ebert, Sanktfeld a. S.,  
Breitestraße 23. [112]

Korrektor, junger  
Accidenz- und Annoncensetzer  
in gut tarifm. Kondition. Werte  
Off. unter Nr. 107 an die Geschäfts-  
stelle d. Bl. erbeten.

**Junger Maschinenmeister**

in allen Gattungen bewandert, sucht taf-  
fällige Kondition. Werte Offerten erbeten an  
A. Weber, Großschönau, Weinhausstr. 601.

**Drei verschiedene**

**Johannisfest-Postkarten**

12 humoristische Postkarten  
Gust. Bergmann, Leipzig-R., Konstantinstr. 14.

**Komplette Buchdruckerei-Einrichtungen.**  
**Wilhelm Fink, Stuttgart**  
Fachgeschäft für Buch- und Steindruckereien.  
Telephon 5211. LAGER: Johannesstrasse 74. Telephon 5211.

Vertreter der Firmen:  
Schriftgießerei D. Stempel, Frankfurt a. M.; Spezialfabrik für Stereotypie von Aug. Siegfried,  
Münster; Holzintensiendruck und Holztypendruck von Roman Scherer, Luzern.  
Lager in sämtlichen Metallen als: Bleischnitten, Winkelsägen, Gebälk, Schließzeug,  
eiserne Format- und Unterlagzeuge für Stereotypenplatten und Autotypiedruck, Facetteneden,  
Kastenschnitten, Kastenröhren, Maschinenband, Anlegemarten, Maßbüchlein, sämtliche kleine  
Metalle, Typenwaschmittel, Fußbodenöl usw. usw.

**Komplette Stereotypie-Einrichtungen in kurzer Zeit!**  
Bei Bedarf bitte Kataloge zu verlangen. [83]

**Verein der Berliner Buchdrucker u. Schriftgiesser.**

Sonnabend den 5. Juli:  
**Johannisfest**  
in der Neuen Welt, Hasenhaide. Eintritt 30 Pf.

Die Kaffeefische ist von 2 Uhr an geöffnet. Einlasskarten sind auf der Verwaltung und  
bei den Kassenboten zu haben. Kaffe findet nicht statt.  
Die vom Kollegen Lautenbach künstlerisch ausgeführte **Johannisfest-Postkarte** ist am  
Eingange à 10 Pf. zu haben. Die Vergnügungs-Kommission. [74]

**Bezirksverein Darmstadt.**

**Johannisfeier**  
Samstag den 28. Juni, abends von 8 Uhr ab, in den Räumen des Kummelbräu  
(Griesheimer Allee):

**Abendunterhaltung mit Ball.**  
Sonntag den 29. Juni: **Ausflug nach Roddorf**  
Preisausschreiben, Schachturnier, Kinderbelustigungen. Abmarsch 2 Uhr vom letzten Ende der Markgrafenstraße,  
Erlacher Straße. Alle Kollegen sind herzlich willkommen. Die Festkommission. [92]

**Typographische Gesellschaft zu Hamburg.**

Sonntag den 29. Juni:  
**Ausstellung von Druckerarbeiten**  
(u. a. des internationalen Musteraustausches) [119]

von 10 bis 1 Uhr im Vereinslokale **Harzburg** am Fischmarkt. Gäste willkommen!

**Ortsverein Trebbin.**

Sonnabend den 28. Juni feiern wir in der Plantage (Kieftow) unser diesjähriges  
**JOHANNIS-FEST**

Bestehend in Konzert, Preisausschreiben, Preiskegeln, Kinderbelustigungen und Ball.  
Alle Kollegen der umliegenden Druckorte sind zu diesem so frohlichen Feste herzlich ein-  
geladen. Der Vorstand. [94]

**Zum Johannisfeste!**

**Fünffarbige Festschleifen.**

Nr. 1: 10 Pf.	Nr. 5: 40 Pf.	Nr. 9: 50 Pf.
" 2: 20 "	" 6: 35 "	" 10: 30 "
" 3: 30 "	" 7: 50 "	" 11: 60 "
" 4: 40 "	" 8: 100 "	" 12: 70 "

Nr. 11 und 12 sind mit Vorstandsabzeichen versehen. Jedes andre Muster fertige auf Wunsch an.  
**Hermann Sachse, Halle (S.),**  
Ludwig Wuchererstr. 28.  
Vertreter für Berlin:  
Frz. Boll, Rixdorf, Hermannstrasse 55. [44]

**Zur Aufklärung!**

Auf verschiedene Anfragen hin mache  
ich nochmals darauf aufmerksam, daß  
die im Jahre 1886 von Herrn **Bern-  
mann Sachse** gegründete **Graphische  
Verlags-Anstalt** am 1. Juli 1899  
durch Kauf in meinen Besitz über-  
gegangen ist und Herr Hermann Sachse  
sich wie üblich durch schriftliche und  
mündliche Abmachung verpflichtet hat,  
die von der G. N. O. geführten Artikel  
nicht zu vertreten. **Hier seit  
2 Jahren existierende Firma Bern-  
mann Sachse** (jetzt Inhaber **Johann  
Sachse**) ist daher weder mit  
der **Graphischen Verlags-Anstalt**  
noch mit deren Gründern identisch.  
Hochachtungsvoll. [98]  
**P. Goldschmidt, i. Fa. Graph. Verlagsanstalt**  
Halle a. S., Goethestrasse 11.

**Unentbehrlich! Unentbehrlich!**  
**Anhang zum Tarife**  
von **Konrad Eichter, Leipzig, Salomonstr. 8.**  
Preis pro Exemplar 10 Pf.  
Von den Verbandsfunktionären oder vom  
Gerausgeber direkt zu beziehen. Im Porto  
wolle man den Bestellungen außerdem noch  
bis zu 6 Stk. 3 Pf., 7 bis 12 St. 5 Pf., 13 bis  
30 St. 10 Pf. belegen.

**Bremen.**  
Sonntag den 29. Juni im **Peters Sommer-  
garten** in **Altenal:**  
**JOHANNIS-FEST**  
Bestehend in Konzert, Preisausschreiben, Preis-  
kegeln, Kinderbelustigung u. Ball unter gütiger  
Mitwirkung des Gesangsvereins **Gutenberg**.  
Abmarsch mittags 1 Uhr per Sonderzug vom  
Parkbahnhof.  
Einer recht lebhaften Beteiligung steht ent-  
gegen. Der Vorstand. [108]

**Technik der bunten Accidenz.**  
Hilf. Härtel in Leipzig-R. - 3,50 Mk.

**Posen.**  
Sonntag den 29. Juni im **Establisement  
Wilhelmshöhe, St. Lazarus:**  
**Johannisfest.**  
Die Posener sowie die Kollegen der um-  
liegenden Druckorte sind freundlich ein-  
geladen. Der Vorstand. [106]

**Saarbrücken.** Sonntag den  
6. Juli, vorm.  
10 Uhr, im **Wesal, St. Johann, Gerberstraße:**  
**Veranstaltung.** L. D.: Bericht des Vorstän-  
den C. Madenach über die Generalverant-  
wortung in München. Mit pünktlichem und zahl-  
reichem Erscheinen auch der Kollegen der um-  
liegenden Druckorte ersucht **Der Vorstand.**

**Weimar.** Freitag (27. Juni), abends  
7 1/2 Uhr: **Veranstaltung.**  
**Der Vorstand.** [117]

**Ortsverein Typographia, Weidau.**  
Wegen der Landestrainer findet unser  
**Johannisfest**  
erst Sonntag den 6. Juli d. J. in der fest-  
gelegten Weise statt. Dies zur Kenntnis der  
eingeladenen Mitgliedschaften. [124]  
**Der Vorstand.**

Den **Würzburger** Kollegen für die freun-  
dliche Aufnahme zum **Johannisfeste** besten  
Dank.  
**Die 20 Durchreisenden.** [123]

Für die freundl. Aufnahme beim **Johannis-  
feste** in **Kassel** laden dem dortigen Orts-  
vereine sowie dem Verkehretherrn **Herrn Damm**  
für die gute Bewirtung ihren besten Dank  
die durchgereisten Kollegen [120]  
Hr. Köpfig, D. Krüger, August Geese, Gerh.  
Scheffels, G. Tieg, W. Sohm, W. Gembus,  
H. Schüge, W. Schulte.

Am 20. Juni verstarb an Darment-  
zündung unser Kollege, der Setzer  
**Robert Droelen**  
im Alter von nahezu 22 Jahren.  
Sein Andenken wird in Ehren halten  
Der Bezirksverein **Mühlhausen**  
des Verbandes der eis.-Johr. Buchdrucker.  
[121]

In der vergangenen Nacht verschied  
nach kurzem Kranksein der Setzerinvalid  
**Johannes Trendorffer**  
[116] aus **Augsburg.**  
Die Mitgliedschaft **Hildburghausen**  
wird ihrem ehemaligen Vertrauensmann  
ein ehrendes Andenken bewahren.  
**Hildburghausen, den 23. Juni 1902.**

**Richard Härtel, Leipzig-N.**  
**Buchhandlung und Antiquariat**  
liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko.  
Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.

**Sach von Ottav. u. Quartdruckschriften** m. 10 Blatt  
Mustervorlagen. 75 Pf.  
**Fritz Reuters** sämtliche Werke. Neue wohlfeile  
Volksausgabe. 37 1/2 Bdn. geb. 12 Mk., in  
4 Doppelbänden 10 Mk.  
**Das neueste Briefmarkenalbum** mit den neuen  
deutschen und englischen Marken. 210 S.  
mit 660 Markenfeldern, 2070 Marken-Ab-  
bildungen, 310 Wasserzeichen, 141 Wappen  
und 46 Porträts. 2,50 Mk.  
**Festtage der Buchdrucker.** Protoge, Tafelbücher  
usw. 2 Mk.  
**Praktische Winke für Maschinenmeister** usw.  
Von Hof. Schorer. 1 Mk.  
**Notations-Schnelldruck** nebst Kundstereotypie.  
Von Big. 6 Mk. Geb. 8 Mk.  
**Stereotypen-Sicherheit.** Von Hermann. 2 Mk.  
Geb. 3 Mk.  
**Buch- und Geschäftsführung für Buchdruckereien.**  
2 Teile. 5 Mk.  
**Die Buchführung im Buchdruckergewerbe,** theo-  
retisch und praktisch dargestellt, mit einem  
Anhang über die Buchführung bei kleineren  
Betrieben, Zeitungsdruckereien, Aktiengesell-  
schaften usw. Bearbeitet von Prof. Eugen  
Schäfer in Wien. 3 Mk.

**Bezugspreis des Corr.** in Deutschland viertel,  
jährlich 0,65 Mk. (in Oesterreich-Ungarn und  
dem übrigen Auslande ist der Bezugspreis  
bei den Postanstalten zu erfahren). - Unter  
Band nach Deutschland und Oesterreich 1,75 Mk.  
nach dem übrigen Auslande 2,50 Mk., bei  
wichtigem einmaltiger Zustellung (3 Num-  
mern zusammen) nach Deutschland und Oester-  
reich 1,00 Mk., dem übrigen Auslande 1,25 Mk.

**Insertions-Bedingungen:** Biergeschaltene  
25 Pf., Stellen-Angebote, Gesuche u. Vereins-  
anzeigen bei direkter Zustellung die Zeile  
10 Pf. - Belegnummer 5 Pf. - Die sämtlichen  
Beiträge müssen bei der Aufgabe der Anzeigen  
entrichtet werden. - Offerten ist Freimarke zur  
Wetterbestätigung beizufügen.

Um postlichen Schwierigkeiten aus dem Wege  
zu gehen, wolle man alle für den Corr. be-  
stimmten Geldsendungen nicht an die Geschäfts-  
stelle oder Expedition des Corr., sondern an  
**Konrad Eichter** adressieren.